

1811 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Ausgedruckt am 8. 6. 1999

Regierungsvorlage

Bundesgesetz zur Bereinigung der vor 1946 kundgemachten einfachen Bundesgesetze und Verordnungen (Erstes Bundesrechtsbereinigungsgesetz – 1. BRBG)

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Alle auf der Stufe von einfachen Gesetzen oder Verordnungen stehenden Rechtsvorschriften des Bundes, die vor dem 1. Jänner 1946 kundgemacht wurden und noch als Bundesrecht in Geltung stehen, treten, sofern sie nicht im Anhang zu diesem Bundesgesetz angeführt sind, mit Ablauf des 31. Dezember 1999 außer Kraft.

§ 2. Die von Österreich abgeschlossenen Staatsverträge werden durch dieses Bundesgesetz in ihrer Geltung nicht berührt.

§ 3. (1) Eine Rechtsvorschrift im Sinne dieses Bundesgesetzes umfaßt die Erstfassung einer Norm samt allen zugehörigen Novellen. Tritt eine Rechtsvorschrift auf Grund des § 1 außer Kraft, so bewirkt dies daher auch das Außerkrafttreten aller Novellen, einschließlich solcher, die nach dem 31. Dezember 1945 kundgemacht wurden.

(2) Als Rechtsvorschriften des Bundes im Sinne des § 1 gelten auch sämtliche in mittelbarer Bundesverwaltung ergangenen Verordnungen.

§ 4. (1) Die im Anhang angeführten Rechtsvorschriften bleiben in ihrer am 31. Dezember 1999 geltenden Fassung weiter aufrecht.

(2) Wird die Geltungsdauer einer Rechtsvorschrift im Anhang beschränkt, so tritt diese Vorschrift, falls sie nicht bereits früher aufgehoben wird, spätestens mit dem im Anhang genannten Zeitpunkt außer Kraft.

(3) Unter § 1 fallende Rechtsvorschriften, die in der Folge wiederverlautbart wurden, gelten ab dem Tag der Kundmachung ihrer Wiederverlautbarung als Bundesgesetz in der durch die Wiederverlautbarung bewirkten Fassung. Bei mehrfach wiederverlautbarten Rechtsvorschriften ist die zeitlich letzte Wiederverlautbarung maßgebend.

§ 5. (1) Die Aufhebung von Rechtsvorschriften durch § 1 bewirkt, daß diese Vorschriften nur mehr auf Sachverhalte anzuwenden sind, die sich vor dem 1. Jänner 2000 ereignet haben.

(2) Die Aufhebung einer Rechtsvorschrift durch § 1 steht allerdings ihrer weiteren Anwendung auf Fälle, die sich nach dem 31. Dezember 1999 ereignen, insoweit nicht entgegen, als die Anwendung durch eine im Ereignungszeitpunkt geltende Rechtsvorschrift angeordnet ist.

§ 6. Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Jänner 2000 in Kraft.

§ 7. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

Anhang**Liste der Rechtsvorschriften im Sinne der §§ 1 bis 3, die nach dem 31. Dezember 1999 in der in § 4 festgelegten Fassung weitergelten:**

Systematische Gliederung: Indexzahl ¹⁾	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
10.01.01/001	BGBI. Nr. 49/1921	Entschließung des Bundespräsidenten vom 31. Dezember 1920, womit die Bundesregierung und die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung zum Abschluß bestimmter Kategorien von Staatsverträgen ermächtigt werden.	–
10.01.01/003	BGBI. Nr. 168/1930	Entschließung des Bundespräsidenten vom 14. Mai 1930, betreffend die Übertragung des Rechtes zur Ernennung von Bundeslehrern.	–
10.05.02	BGBI. Nr. 330/1983	Bundesgesetz über Unvereinbarkeiten für oberste Organe und sonstige öffentliche Funktionäre (Unvereinbarkeitsgesetz 1983). (WV)	–
10.07.01	BGBI. Nr. 85/1953	Verfassungsgerichtshofgesetz – VerfGG 1953. (WV)	–
10.07.03	BGBI. Nr. 10/1985	Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 – VwGG. (WV)	–
10.11.03	BGBI. Nr. 233/1951	Vereinsgesetz 1951. (WV)	–
10.11.04	BGBI. Nr. 98/1953	Versammlungsgesetz 1953. (WV)	–
10.16.02/001	StGBI. Nr. 237/1919	Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Inneres und Unterricht und des Staatsamtes für Justiz, im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsämtern vom 18. April 1919, über die Aufhebung des Adels und gewisser Titel und Würden.	–
12.02.01a	BGBI. II Nr. 129/1934	Bundesgesetz vom 12. Juli 1934, betreffend die Freiheit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel von Zwangsmaßnahmen.	–
14.01.01	StGBI. Nr. 172/1945	Gesetz vom 12. September 1945 über die Finanzprokurator in Wien (Prokuratorgesetz).	–
14.01.01/001	StGBI. Nr. 183/1945	Verordnung der Staatskanzlei im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsämtern vom 27. September 1945 über das Verhältnis der Finanzprokurator in Wien zu den von ihr zu vertretenden und zu beratenden Rechtsträgern (Prokuratorverordnung).	–

¹⁾ Entspricht der systematischen Ordnungszahl für Eintragungen in dem vom Bundeskanzleramt herausgegebenen jährlichen INDEX, Systematisches Verzeichnis des geltenden Bundesrechts; eine Übersicht über die systematische Gliederung des Bundesrechts ist aus den Suchhilfen (Teil 1) in diesem Anhang ersichtlich.

1811 der Beilagen

3

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
14.01.01a	RGBI. Nr. 268/1860	Verordnung des Staatsministeriums vom 8. December 1860, wirksam für Böhmen, Galizien und die Bukowina, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnthen, Krain, das Küstenland, Mähren, Schlesien, Tirol mit Vorarlberg, dann für das lombardisch-venetianische Königreich, womit die, mit allerhöchster Entschliebung vom 6. October 1860 genehmigten Grundzüge für die Organisirung des Staatsbaudienstes kundgemacht werden.	–
14.02.01	RGBI. Nr. 10/1853	Verordnung der Minister des Inneren, der Justiz und der Finanzen vom 19. Jänner 1853, womit die allerhöchsten Entschliebungen über die Einrichtung und Amtswirksamkeit der Bezirksämter, Kreisbehörden und Statthaltereien, über die Einrichtung der Gerichtsstellen und das Schema der systemisirten Gehalte und Diätenclassen, sowie über die Ausführung der Organisirung für die Kronländer Österreich ob und unter der Enns, Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien und Lodomerien mit Krakau, Bukowina, Salzburg, Tirol mit Vorarlberg, Steiermark, Kärnthen, Krain, Görz, Gradiska, und Istrien mit Triest, Dalmatien, Kroatien und Slavonien, Siebenbürgen, die serbische Wojwodschafft mit dem Banate, kundgemacht werden.	–
14.02.01a	RGBI. Nr. 62/1873	Gesetz vom 26. April 1873, betreffend den Vorgang bei Aenderungen in den Sprengeln der Gerichtshöfe 1. Instanz.	–
14.02.02	RGBI. Nr. 217/1896	Gesetz vom 27. November 1896, womit Vorschriften über die Besetzung, innere Einrichtung und Geschäftsordnung der Gerichte erlassen werden (Gerichtsorganisationsgesetz).	–
14.02.02/002	RGBI. Nr. 129/1897	Verordnung der Minister der Justiz und des Handels vom 1. Juni 1897, über die Ernennung der fachmännischen Laienrichter aus dem Handelsstande und aus dem Kreise der Schiffahrtskundigen.	–
14.02.04	RGBI. Nr. 372/1915	Kaiserliche Verordnung vom 14. Dezember 1915 über die Abfassung und Unterfertigung von gerichtlichen Entscheidungen in Zivil- und Strafsachen und von Protokollen bei dauernder Verhinderung des Richters oder des Schriftführers.	–
14.02.08	BGBI. Nr. 222/1929	Bundesgesetz vom 2. Juli 1929 über Änderungen des gerichtlichen Verfahrens (Sechste Gerichtsentlastungsnovelle).	–

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
14.02.09	BGBI. Nr. 346/1933	Verordnung der Bundesregierung vom 26. Juli 1933 über Änderungen der Gerichtsverfassung und des gerichtlichen Verfahrens (Achte Gerichtsentlastungsnovelle).	–
14.02.12	StGBI. Nr. 47/1945	Gesetz vom 3. Juli 1945 über die Wiederherstellung der österreichischen Gerichtsorganisation (Gerichtsorganisationsgesetz 1945 – GOG. 1945).	–
15.01.03/001	RGBI. Nr. 250/1853	Verordnung der Minister des Innern, der Justiz, und der Finanzen vom 25. November 1853, betreffend die politische und gerichtliche Organisation des Erzherzogthumes Oesterreich ob der Enns.	–
15.01.08	StGBI. Nr. 94/1945	Gesetz vom 20. Juli 1945 über die Überleitung der Verwaltungs- und Justizeinrichtungen des Deutschen Reiches in die Rechtsordnung der Republik Österreich (Behörden-Überleitungsgesetz – Behörden-üG.).	31. 12. 2004
18.01.04	BGBI. Nr. 201/1985	Bundesgesetz über Verlautbarungen in der „Wiener Zeitung“ (Verlautbarungsgesetz 1985 – VerlaubtG). (WV)	–
20.01.01	JGS Nr. 946/1811	Patent vom 1ten Junius 1811. (Betrifft: Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch – ABGB)	–
20.02.02	dRGBI. I S 807/1938	Gesetz zur Vereinheitlichung des Rechts der Eheschließung und der Ehescheidung im Lande Österreich und im übrigen Reichsgebiet. Vom 6. Juli 1938.	–
20.02.02a	dRGBI. I S 923/1938	Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes zur Vereinheitlichung des Rechts der Eheschließung und der Ehescheidung im Lande Österreich und im übrigen Reichsgebiet (Ehegesetz). Vom 27. Juli 1938.	–
20.02.02b	dRGBI. I S 654/1941	Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Ehegesetzes und zur Vereinheitlichung des internationalen Familienrechts (Vierte Durchführungsverordnung zum Ehegesetz – 4. DVOEheG). Vom 25. Oktober 1941.	–
20.02.03	dRGBI. I S 80/1943	V vom 6. Februar 1943 über die Angleichung familienrechtlicher Vorschriften.	–
20.04.10	GVBITirVbg. Nr. 47/1900	Gesetz vom 12. Juni 1900 betreffend die besonderen Rechtsverhältnisse geschlossener Höfe, wirksam für die gefürstete Grafschaft Tirol.	–

1811 der Beilagen

5

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
20.06.01	BGBI. Nr. 271/1949	Wuchergesetz 1949. (WV)	–
20.07.01	dRGBI. S 207/1871	Gesetz, betreffend die Verbindlichkeit zum Schadenersatz für die bei dem Betriebe von Eisenbahnen, Bergwerken usw. herbeigeführten Tötungen und Körperverletzungen. Vom 7. Juni 1871.	–
20.07.02	BGBI. Nr. 638/1921	Bundesgesetz vom 16. November 1921 über die Haftung der Gastwirte und anderer Unternehmer.	–
20.07.03	dRGBI. I S 713/1940	Verordnung zur Einführung des Reichshaftpflichtgesetzes in den Reichsgauen der Ostmark und im Reichsgau Sudetenland. Vom 3. Mai 1940.	–
20.08.01	BGBI. Nr. 111/1936	BG über das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Kunst und über verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz).	–
20.08.01/001	RGBI. Nr. 168/1907	V des Justizministers vom 18. Juli 1907 über den Urheberrechtsschutz im Verhältnisse zu Dänemark.	–
20.08.01/002	RGBI. Nr. 265/1907	V des Justizministers vom 9. Dezember 1907 über den Urheberrechtsschutz im Verhältnisse zu den Vereinigten Staaten von Amerika.	–
20.08.01/003	RGBI. Nr. 224/1910	V des Justizministers vom 7. Dezember 1910 über den Urheberrechtsschutz im Verhältnisse zu Belgien.	–
20.08.01/004	RGBI. Nr. 75/1912	V des Justizministers vom 13. April 1912 über den Urheberrechtsschutz im Verhältnisse zu Spanien.	–
20.08.01/005	RGBI. Nr. 224/1919	Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Justiz vom 8. April 1919 über den Schutz des Urheberrechtes an Werken der Literatur, Kunst und Photographie im Verhältnisse zum tschechoslowakischen Staate.	–
20.08.01/006	BGBI. Nr. 114/1924	V des Bundeskanzleramtes vom 7. April 1924 über den Urheberrechtsschutz im Verhältnis zu Rumänien.	–
20.08.01/007	BGBI. Nr. 191/1925	K des Bundeskanzleramtes vom 17. Juni 1925 über den Urheberrechtsschutz im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika.	–

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
20.08.02	BGBI. Nr. 112/1936	Bundesgesetz, betreffend Unternehmen zur Nutzbarmachung von Vortrags-, Aufführungs- oder Senderechten an Sprachwerken und an Werken der Tonkunst (Verwertungsgesellschaftengesetz).	–
20.08.02a	BGBI. Nr. 188/1936	Verordnung des Bundesministers für Justiz im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministern, betreffend die im Verwertungsgesellschaftengesetz, B. G. Bl. Nr. 112/1936, vorgesehenen Schiedskommissionen.	–
20.11.01	GVBITirVbg. Nr. 9/1897	Gesetz vom 17. März 1897 wirksam für die gefürstete Grafschaft Tirol, betreffend die Anlegung von Grundbüchern und die innere Einrichtung derselben.	–
20.11.01/001	GVBITirVbg. Nr. 9/1898	Verordnung der Ministerien der Justiz, des Ackerbaues und der Finanzen vom 10. April 1898, womit aus Anlaß der Grundbuchs-anlegung in Tirol auf Grund der Gesetze vom 17. März 1897, L.-G.-Bl. Nr. 9, und vom 17. März 1897, R.-G.-Bl. Nr. 77, dann des Gesetzes vom 25. Juli 1871, R.-G.-Bl. Nr. 96, eine Vollzugsvorschrift, wirksam für die gefürstete Grafschaft Tirol, erlassen wird.	–
20.11.02	RGBl. Nr. 77/1897	Gesetz vom 17. März 1897, womit für den Fall der Einführung der Grundbücher in Tirol einige grundbuchsrechtliche Sonderbestimmungen und erleichternde Gebührenvorschriften erlassen und Beschränkungen der Teilung von Gebäuden nach materiellen Anteilen eingeführt werden.	–
20.11.03	RGBl. Nr. 44/1900	Gesetz vom 1. März 1900 wirksam für das Land Vorarlberg, womit für den Fall der Einführung der Grundbücher in Vorarlberg einige grundbuchsrechtliche Sonderbestimmungen und erleichternde Gebührenvorschriften erlassen und Beschränkungen der Theilung von Gebäuden nach materiellen Antheilen eingeführt werden.	–

1811 der Beilagen

7

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
20.11.03/001	GVBITirVbg. Nr. 15/1901	Verordnung der Ministerien der Justiz, des Ackerbaues und der Finanzen vom 27. Februar 1901, womit aus Anlaß der Grundbuchsanlage in Vorarlberg auf Grund der Gesetze vom 1. März 1900, L.-G.-Bl. Nr. 18, und vom 1. März 1900, R.-G.-Bl. Nr. 44, dann des Gesetzes vom 25. Juli 1871, R.-G.-Bl. Nr. 96, eine Vollzugsvorschrift, wirksam für das Land Vorarlberg, erlassen wird.	–
20.11.05	BGBI. Nr. 2/1930	Bundesgesetz vom 19. Dezember 1929 über die innere Einrichtung und die Anlegung der Grundbücher [Allgemeines Grundbuchslegungsgesetz (AllgGAG)].	–
20.11.05/001	BGBI. Nr. 75/1930	Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 1. März 1930 über die Behandlung von Grundbuchstücken im Zuge agrarischer Operationen und über die Anlegung von Grundbüchern (Allg. GAV.).	–
20.11.06	BGBI. Nr. 3/1930	Bundesgesetz vom 19. Dezember 1929 über grundbücherliche Teilungen, Ab- und Zuschreibungen [Liegenschaftsteilungsgesetz (Lieg. Teil. G.)].	–
20.11.08	BGBI. II Nr. 22/1934	Verordnung der Bundesministerien für Justiz und Unterricht vom 9. Mai 1934 über die Ausstellung von Bestätigungen anlässlich der in den öffentlichen Büchern durchzuführenden Veräußerung oder Belastung von kirchlichem Vermögen.	–
20.12.08	dRGBI. I S 395/1942	Verordnung über die Ersetzung zerstörter oder abhanden gekommener gerichtlicher oder notarischer Urkunden. Vom 18. Juni 1942.	–
20.12.11	BGBI. Nr. 86/1951	Kraftloserklärungsgesetz 1951. (WV)	–
20.13.02	JGS Nr. 1305/1816	Hofdecret vom 24ten December 1816, an das Inner-Oesterreichische Appellations-Gericht über Note der Hofcommission in Justiz-Gesetztsachen vom 21ten November n. J. (Betrifft: Verbot wucherischen Fruchtgenusses an verpfändeten Grundstücken)	–

8

1811 der Beilagen

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
20.13.04	JGS Nr. 1410/1818	Hofdecret vom 24ten Januar 1818, an sämtliche Appellations-Gerichte, einverständlich mit der allgemeinen Hofkammer und der Hofcommission in Justiz-Gesetsachen. (Betrifft: Rechte der Finder öffentlicher Namensobligationen)	–
20.13.05	JGS Nr. 1621/1819	Hofdecret vom 5ten November 1819, an sämtliche Appellations-Gerichte, im Einverständnis mit der Hofcommission in Justiz-Gesetsachen. (Betrifft: Pfandrecht des Bestandgebers)	–
20.13.05a	Sammlung der Gesetze für das Erzherzogthum Oesterreich unter der Ens, 14. Teil, Nr. 151/1832	Hofkanzlei-Decret vom 2. Julius 1832. Zahl 14,236. Regierungs-Verordnung vom 19. Julius 1832. Zahl 38,961. An die k. k. Kreisämter und die k. k. Hof- und Nied. Oester. Kammer-Procuratur. (Betrifft: Bestimmungen über den Bestand der Keller-Grundbücher)	31. 12. 2009

1811 der Beilagen

9

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
20.13.06	JGS Nr. 188/1837	Hofkanzlei-Decret vom 4. April 1837, an sämtliche Länderstellen, mit Ausnahme von Dalmatien, Mailand und Venedig; zufolge Allerhöchster EntschlieÙung vom 4. März 1837, über einen Vortrag der vereinigten Hofkanzlei. (Betrifft: Verzugszinsen für die Enteignungsentschädigung)	–
20.13.08	JGS Nr. 592/1842	Justiz-Hofdecret vom 18. Jänner 1842, an sämtliche Appellationsgerichte, sämtlichen Länderstellen bekannt gemacht mit Hofkanzlei-Decret vom 28. Jänner 1842. (Betrifft: Verzugszinsen)	–
20.13.12	RGBI. Nr. 105/1858	Verordnung des Justizministeriums vom 21. Juli 1858, wirksam für den ganzen Umfang des Reiches, womit in Folge Allerhöchster EntschlieÙung vom 30. Mai 1858, eine Erläuterung des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches in Bezug auf die Verjährungsfrist der, durch rechtskräftiges Urtheil zugesprochenen, oder durch einen, die Execution begründenden, Vergleich oder durch Vertrag anerkannten Forderungen erlassen wird.	–
20.13.14	RGBI. Nr. 21/1860	ErlaÙ des Finanzministeriums vom 16. Jänner 1860, gilitig für alle Kronländer, wodurch die Verjährungszeit für die Zinsen von allen öffentlichen Schuldverschreibungen herabgesetzt wird.	–
20.13.15a	RGBI. Nr. 62/1868	Gesetz vom 14. Juni 1868, wodurch die gegen den Wucher bestehenden Gesetze aufgehoben werden.	–
20.13.16	RGBI. Nr. 76/1871	Gesetz vom 25. Juli 1871 betreffend das Erfordernis der notariellen Errichtung einiger Rechtsgeschäfte.	–
20.13.17	RGBI. Nr. 50/1879	Gesetz vom 30. März 1879 betreffend die Theilung von Gebäuden nach materiellen Antheilen.	–
20.13.19	RGBI. Nr. 140/1896	Gesetz vom 7. Juli 1896 betreffend die Einräumung von Nothwegen.	–
20.13.20	RGBI. Nr. 86/1912	Gesetz vom 26. April 1912 betreffend das Baurecht.	–
20.13.20/002	RGBI. Nr. 114/1912	Verordnung des Justizministers im Einvernehmen mit dem Minister für öffentliche Arbeiten, dem Minister des Innern und dem Finanzminister vom 11. Juni 1912 über die Durchführung des Gesetzes, betreffend das Baurecht.	–

10

1811 der Beilagen

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
20.13.27	BGBI. Nr. 71/1954	Eisenbahnteilungsgesetz – Eisenb. Ent. G. 1954. (WV)	–
21.01.01	dRGBI. S 219/1897	(Nr. 2388.) Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897.	–
21.01.04b	BGBI. II Nr. 1999/1938	Vierte Verordnung zur Einführung handelsrechtlicher Vorschriften im Lande Österreich. Vom 24. Dezember 1938.	–
21.03.01	RGBI. Nr. 58/1906	Gesetz vom 6. März 1906 über Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH-Gesetz – GmbHG).	–
21.04.01	RGBI. Nr. 70/1873	Gesetz vom 9. April 1873 über Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.	–
21.05.01a	RGBI. Nr. 10/1903	Gesetz vom 4. Jänner 1903, mit welchem einige abändernde und ergänzende Bestimmungen zu dem Gesetze vom 1. April 1875, R.G.Bl. Nr. 10, betreffend die Organisation der Börsen, erlassen werden.	–
21.05.06/002	RGBI. Nr. 71/1903	Verordnung des Justizministeriums im Einvernehmen mit den Ministerien der Finanzen, des Handels und des Ackerbaues vom 26. März 1903 betreffend die Beeidigung der Mitglieder von Börsen-Schiedsgerichten zur Entscheidung über Streitigkeiten aus Warengeschäften.	–
21.05.06/004	BGBI. Nr. 362/1924	Verordnung der Bundesministerien für Land- und Forstwirtschaft, für Finanzen und für Handel und Verkehr vom 1. Oktober 1924 betreffend die Berufung von Mitgliedern in die Leitungen der landwirtschaftlichen Börsen.	–
21.06.01	RGBI. Nr. 85/1862	Gesetz vom 7. November 1862, wirksam für das ganze Reich, betreffend die Promessengeschäfte mit Anlehenslosen.	–
21.06.02	RGBI. Nr. 36/1868	Gesetz vom 3. Mai 1868, wodurch die Zuständigkeit und das Verfahren bei Amortisirung der von Privaten ausgegebenen Werthpapiere geregelt wird. Wirksam für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder.	–
21.06.03	RGBI. Nr. 48/1874	Gesetz vom 24. April 1874 betreffend die Wahrung der Rechte der Besitzer von Pfandbriefen.	–

1811 der Beilagen

11

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
21.06.04	RGBI. Nr. 49/1874	Gesetz vom 24. April 1874 betreffend die gemeinsame Vertretung der Rechte der Besitzer von auf Inhaber lautenden oder durch Indossament übertragbaren Teilschuldverschreibungen und die bürgerliche Behandlung der für solche Teilschuldverschreibungen eingeräumten Hypothekarrechte.	–
21.06.04a	RGBI. Nr. 111/1877	Gesetz vom 5. December 1877, womit ergänzende Bestimmungen zu den Gesetzen vom 24. April 1874 (R. G. Bl. Nr. 48 und 49), betreffend die Vertretung der Besitzer von Pfandbriefen oder von auf Inhaber lautenden oder durch Indossament übertragbaren Teilschuldverschreibungen erlassen werden.	–
22.01.01	RGBI. Nr. 110/1895	Gesetz vom 1. August 1895 betreffend die Einführung des Gesetzes über die Ausübung der Gerichtsbarkeit und die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte in bürgerlichen Rechtsachen (Jurisdictionsnorm).	–
22.01.02	RGBI. Nr. 111/1895	Gesetz vom 1. August 1895 über die Ausübung der Gerichtsbarkeit und die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte in bürgerlichen Rechtssachen (Jurisdiktionsnorm).	–
22.02.01	RGBI. Nr. 112/1895	Gesetz vom 1. August 1895 betreffend die Einführung des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (Zivilprozeßordnung).	–
22.02.02	RGBI. Nr. 113/1895	Gesetz vom 1. August 1895, über das gerichtliche Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (Civilprozessordnung).	–
22.03.01	RGBI. Nr. 208/1854	Kaiserliches Patent vom 9. August 1854, wirksam für alle Kronländer, mit Ausnahme der Militärgränze, wodurch ein neues Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Rechtsangelegenheiten außer Streitsachen eingeführt wird, welches im lombardisch-venetianischen Königreiche, in der serbischen Wojwodschafft und dem Temeser Banate am 1. November 1854 und in jedem der übrigen Kronländer mit dem Tage in Geltung zu treten hat, an welchem daselbst die Wirksamkeit der neuen Gerichtsorganisation beginnen wird <i>und</i> Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Rechtsangelegenheiten außer Streitsachen.	–

12

1811 der Beilagen

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
22.04.10	JGS Nr. 1201/1816	Hofdecret vom 10ten Januar 1816, an das galizische Appellations-Gericht, einverständlich mit der Hofcommission in Justiz-Gesetztsachen. (Betrifft: Gerichtlicher Eid der Mennoniten)	–
22.04.12	JGS Nr. 2217/1826	Hofdecret vom 26sten August 1826, an sämtliche Appellations-Gerichte, einverständlich mit der Hofcommission in Justiz-Gesetztsachen. (Betrifft: Gerichtlicher Eid der Mohammedaner)	–
22.04.13	JGS Nr. 2582/1832	Hofdecret vom 21sten December 1832, an sämtliche Appellations-Gerichte, zu Folge allerhöchster Entschließung vom 20. October 1832, über Vortrag der Hofcommission in Justiz-Gesetztsachen. (Betrifft: Gerichtlicher Eid der Personen helvetischen Bekenntnisses)	–
22.04.17	JGS Nr. 644/1842	Justiz-Hofdecret vom 28. September 1842, an das tirolisch-vorarlbergische Appellationsgericht. (Betrifft: Gerichtlicher Eid der Stummen)	–
22.04.19	RGBl. Nr. 205/1860	Verordnung des Justizministeriums vom 28. August 1860, wirksam für die Kronländer Oesterreich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnthen, Krain, Görz, Gradiska, Istrien und die Stadt Triest mit ihrem Gebiete, Tirol und Vorarlberg, Böhmen, Mähren, Ober- und Niederschlesien, Galizien, Krakau und die Bukowina, das lombardisch-venetianische Königreich und Dalmatien, wodurch vom 1. October 1860 an gleichförmige Bestimmungen über den Ort und die Berechnung der Zeit zur Anbringung von Recursen für alle Arten des Verfahrens in und außer Streitsachen in Wirksamkeit gesetzt werden.	–
22.04.20	RGBl. Nr. 33/1868	Gesetz vom 3. Mai 1868 zur Regelung des Verfahrens bei den Eidesablegungen vor Gericht.	–
22.04.29	BGBI. Nr. 23/1951	Todeserklärungsgesetz 1950. (WV)	–
23.01.01	RGBl. Nr. 337/1914	Konkursordnung (KO).	–
23.02.01	RGBl. Nr. 337/1914	Anfechtungsordnung.	–
23.02.02	BGBI. II Nr. 221/1934	Ausgleichsordnung (AO). (WV)	–

1811 der Beilagen

13

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
23.03.02	RGBI. Nr. 337/1914	Kaiserliche Verordnung vom 10. Dezember 1914 über die Einführung einer Konkursordnung, einer Ausgleichsordnung und einer Anfechtungsordnung.	–
23.03.03	RGBI. Nr. 105/1918	Verordnung des Justizministers im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern vom 21. März 1918 über den Konkurs, die Geltendmachung der Haftung und das Ausgleichsverfahren bei Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.	–
23.04.01	RGBI. Nr. 79/1896	Gesetz vom 27. Mai 1896 über das Exekutions- und Sicherungsverfahren (Executionsordnung).	–
23.04.01/001	RGBI. Nr. 153/1897	Verordnung des Justizministers im Einvernehmen mit den Ministern des Innern und des Ackerbaues und mit dem Minister für Cultus und Unterricht vom 6. Mai 1897 betreffend die Execution gegen Gemeinden und gegen als öffentlich und gemeinnützig erklärte Anstalten.	31. 12. 2009
23.04.01/003	RGBI. Nr. 249/1897	Verordnung der Minister der Justiz und der Finanzen vom 24. Oktober 1897 über die Executionsführung auf öffentliche, auf bestimmte Namen lautende oder durch Vinculierung für einen bestimmten Zweck gewidmete Obligationen.	31. 12. 2009
23.04.01/005	RGBI. Nr. 4/1911	Verordnung des Justizministers im Einvernehmen mit den Ministern der Finanzen und des Innern, dem Leiter des Ackerbauministeriums sowie mit dem Obersten Rechnungshofe vom 8. Jänner 1911, betreffend die Zustellung gerichtlicher Pfändungs-, Verbots- und Überweisungsbeschlüsse bei Exekution und Verbot auf Forderungen an das Ärar, die durch die Postsparkasse ausgezahlt werden.	31. 12. 2009
23.05.02	JGS Nr. 277/1838	Hofkanzlei-Decret vom 6. Juni 1838, an sämtliche Länderstellen, zufolge Allerhöchster Entschliebung vom 28. April 1838. Sämtlichen Appellationsgerichten mitgeteilt durch Hofdecret vom 27. August 1838. (Betrifft: Ungültigkeit von Verabredungen bei öffentlichen Versteigerungen)	31. 12. 2009

14

1811 der Beilagen

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
23.05.03	JGS Nr. 968/1846	Justiz-Hofdecret vom 3. Juni 1846, an sämtliche Appellationsgerichte; sämtlichen Länderstellen bekannt gemacht mit Hofkanzlei-Decret vom 27. Juni 1846. (Betrifft: Exekution gegen den Erben vor Einantwortung)	31. 12. 2009
23.05.04	RGBl. Nr. 150/1869	Gesetz vom 21. September 1869 über die Erfordernisse der Executionsfähigkeit der vor Vertrauensmännern aus der Gemeinde abgeschlossenen Vergleiche und über die von denselben zu entrichtenden Gebühren.	–
23.05.04a	RGBl. Nr. 59/1907	Gesetz vom 27. Februar 1907, womit Bestimmungen des Gesetzes vom 21. September 1869, R. G. Bl. Nr. 150 (über die Erfordernisse der Executionsfähigkeit der vor Vertrauensmännern aus der Gemeinde abgeschlossenen Vergleiche und über die von denselben zu entrichtenden Gebühren), abgeändert und ergänzt werden.	–
23.05.06	BGBl. Nr. 6/1953	Einführungsgesetz zur Exekutionsordnung (EGEO.). (WV)	–
24.03.02	RGBl. Nr. 43/1870	Gesetz vom 7. April 1870 wodurch unter Aufhebung der §§ 479, 480 und 481 des allgemeinen Strafgesetzes in Betreff der Verabredungen von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern zur Erzwingung von Arbeitsbedingungen, und von Gewerbsleuten zur Erhöhung des Preises einer Waare zum Nachtheile des Publikums besondere Bestimmungen erlassen werden.	–
24.03.03	RGBl. Nr. 41/1888	Gesetz vom 30. März 1888 womit strafgesetzliche Bestimmungen in Betreff der Sicherung der Unterseekabel getroffen werden.	–
24.03.06	BGBl. Nr. 181/1929	Bundesgesetz vom 24. Mai 1929 gegen den Mißbrauch von Notzeichen.	–
24.03.09	StGBI. Nr. 48/1945	Gesetz vom 3. Juli 1945 über die Aufhebung von Strafurteilen und die Einstellung von Strafverfahren.	–
25.01.02	BGBl. Nr. 631/1975	Strafprozeßordnung 1975 (StPO). (WV)	–
25.04.01	RGBl. Nr. 26/1855	Verordnung der Ministerien des Innern und der Justiz vom 28. Jänner 1855, gilitig für alle Kronländer, mit Ausnahme der Militärgränze, womit die Vorschrift für die Vornahme der gerichtlichen Totenbeschau erlassen wird.	–

1811 der Beilagen

15

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
25.04.03	RGBl. Nr. 145/1856	Verordnung des Ministeriums der Justiz vom 2. August 1856, wirksam für sämtliche Kronländer, mit Ausnahme der Militärgränze, über die Art der Verpackung von Gegenständen strafgerichtlicher Untersuchungen.	–
26.01.08	BGBl. Nr. 448/1984	Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 – UWG. (WV)	–
26.02.03	BGBl. Nr. 260/1970	Markenschutzgesetz 1970. (WV)	–
26.02.03/005	BGBl. I Nr. 66/1934	Kundmachung des Bundesministers für Handel und Verkehr im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler vom 13. Jänner 1934, betreffend die amtlichen Prüfungs- und Gewährzeichen der Republik Libanon für die Ausfuhr von Früchten.	–
26.02.03/006	BGBl. Nr. 215/1936	Kundmachung des Bundesministers für Handel und Verkehr im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler, betreffend die Wappen und Flaggen Marokkos.	–
26.03.04	BGBl. Nr. 259/1970	Patentgesetz 1970. (WV)	–
27.01.04	RGBl. Nr. 96/1868	Gesetz vom 6. Juli 1868 womit eine Rechtsanwaltsordnung eingeführt wird.	–
27.01.04/001	RGBl. Nr. 59/1904	Verordnung des Justizministeriums vom 17. Juni 1904, womit den Advokaten, Advokaturskandidaten und Verteidigern das Tragen eines Amtskleides gestattet wird.	–
27.01.04a	StGBI. Nr. 598/1919	Gesetz vom 19. Dezember 1919 über die Vereinbarkeit des Amtes eines Volksbeauftragten mit der Rechtsanwaltschaft und dem Notariate.	–
27.01.07	StGBI. Nr. 103/1945	Gesetz vom 31. Juli 1945 über die Wiederherstellung der österreichischen Rechtsanwaltschaft. (Rechtsanwaltsordnung 1945 – RAO 1945).	–
27.01.12/001	RGBl. Nr. 225/1910	Verordnung des Justizministers vom 12. Dezember 1910 über die Geschäftsausweise der Rechtsanwaltskammern in Disziplinarsachen.	–
27.01.12/002	StGBI. Nr. 208/1919	Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Justiz vom 4. April 1919 über die Einführung von Legitimationen für Rechtsanwälte.	–

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
27.01.12/003	StGBI. Nr. 127/1920	Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Justiz vom 20. März 1920 betreffend die Zuweisung der Gerichtsbezirke Lienz, Sillian und Windisch-Matrei zum Sprengel der Rechtsanwaltskammer Innsbruck.	–
27.02.01a	RGBI. Nr. 75/1871	Gesetz vom 25. Juli 1871 betreffend die Einführung einer neuen Notariatsordnung.	–
27.02.01a/001	JMVBl. Nr. 5/1885	Verordnung des Justizministeriums vom 31. December 1884, Z. 19668, betreffend den Vorgang bei der Erledigung des Besetzungsactes über eine Notarstelle.	–
27.02.01a/002	JMVBl. Nr. 36/1887	V des Justizministeriums vom 31. Oktober 1887, Z. 9172, betreffend den Vorgang bei der Bewerbung um Notarstellen, bei der Qualifizierung der Bewerber und bei Erstattung der Besetzungsvorschläge für Notarstellen.	–
27.02.01a/003	BGBI. Nr. 47/1928	Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 15. Februar 1928 über die Einrichtung und Führung der Verzeichnisse der Notare und Notariatskandidaten.	–
27.02.03	StGBI. Nr. 104/1945	Gesetz vom 31. Juli 1945 über die Wiederherstellung des österreichischen Notariates (Notariatsordnung 1945 – NO 1945).	–
27.04.05	StGBI. Nr. 188/1945	Gesetz vom 3. Oktober 1945 über Maßnahmen zur Wiederherstellung der österreichischen bürgerlichen Rechtspflege.	–
31.01.01	JGS Nr. 1364/1817	Hofdecret vom 20ten August 1817, an sämtliche Appellations-Gerichte, in Folge höchster Entschließung über Vortrag der k. k. allgemeinen Hofkammer vom 8ten Julius n. J. (Betrifft: Verjährung von Staatsschulden)	–
31.01.02	RGBI. Nr. 49/1875	Gesetz vom 28. März 1875, betreffend die Verjährung des aus Staatsschuldverschreibungen, welche dem Staatsgläubiger keine Kapitalsrückforderung gewähren, gegen den Staatsschatz zustehenden Verzinsungsanspruches.	–
31.02.01	BGBI. II Nr. 95/1934	Bundesgesetz vom 15. Juli 1934, betreffend die Liquidierung der Commission für Verkehrsanlagen in Wien.	–
32.06.01	dRGBI. I S 1058/1934	Kapitalverkehrssteuergesetz (KVG). Vom 16. Oktober 1934.	–

1811 der Beilagen

17

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
32.06.01/001	RMinBL. S 839/1934	Durchführungsbestimmungen zum Kapitalverkehrssteuergesetz (KVDB), vom 17. Dezember 1934.	–
32.06.03	BGBI. Nr. 198/1952	Feuerschutzsteuergesetz 1952. (WV)	–
37.01.01	RGBI. Nr. 63/1858	Kaiserliches Patent vom 27. April 1858 wodurch die Verhältnisse des Münzverkehrs und die Anwendung der neuen österreichischen Währung auf die Rechtsverhältnisse geregelt werden.	31. 12. 2004
37.01.02	RGBI. Nr. 22/1870	Gesetz vom 9. März 1870 über die Einführung neuer Goldmünzen.	31. 12. 2004

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
37.01.03	RGBl. Nr. 126/1892	Gesetz vom 2. August 1892 womit die Kronenwährung festgestellt wird.	31. 12. 2004
37.01.03/001	RGBl. Nr. 176/1899	Kaiserliche Verordnung vom 21. September 1899 betreffend die Einführung der Kronenwährung als Landeswährung.	31. 12. 2004
37.01.04	RGBl. Nr. 201/1907	Gesetz vom 11. August 1907 betreffend die Ausprägung von Hundertkronenstücken und die weitere Ausprägung von Fünfkronenstücken.	31. 12. 2004
37.01.05	BGBl. Nr. 461/1924	BG vom 20. Dezember 1924 über die Einführung der Schillingrechnung, die Ausprägung von Goldmünzen und über andere das Währungswesen betreffende Bestimmungen (Schillingrechnungsgesetz).	31. 12. 2004
37.01.16	StGBI. Nr. 231/1945	Gesetz vom 30. November 1945 über Maßnahmen auf dem Gebiete der Währung (Schillinggesetz).	31. 12. 2004
37.02.01	RGBl. Nr. 32/1889	Gesetz vom 28. März 1889 betreffend die Schuldverschreibungen mit Prämien, ferner die Ankündigung und Anempfehlung verbotener Lose und Lotterien.	31. 12. 2004
37.02.02	dRGBl. S 375/1899	Hypothekenbankgesetz vom 13. Juli 1899.	–
37.02.03	RGBl. Nr. 213/1905	Gesetz vom 27. Dezember 1905 betreffend fundierte Bankschuldverschreibungen.	–
37.02.06	dRGBl. I S 492/1927	Gesetz vom 21. Dezember 1927 über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute.	–
37.02.06/001	dRGBl. I S 1904/1938	Zweite Verordnung vom 20. Dezember 1938 zur Durchführung des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten.	–
37.02.11	dRGBl. I S 1574/1938	V vom 11. November 1938 über die Einführung des Hypothekenbankgesetzes und des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute im Lande Österreich.	–
37.02.11a	GBIÖ Nr. 492/1939	Kundmachung des Reichstatthalters in Österreich, wodurch der Erlaß über Maßnahmen auf dem Gebiete des öffentlichen Bankwesens und des Sparkassenwesens im Lande Österreich vom 27. März 1939 bekanntgegeben wird.	–

1811 der Beilagen

19

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
37.05.02	BGBI. Nr. 66/1933	V der Bundesregierung vom 17. März 1933 gegen die Ausbeutung Kreditsuchender.	–
37.05.03	BGBI. Nr. 68/1933	V der Bundesregierung vom 19. März 1933 betreffend die Erleichterung der Personallasten der Bankaktiengesellschaften (Bankenentlastungsverordnung).	31. 12. 2004
37.05.06	DRAnz. Nr. 97/1939	Bekanntmachung vom 27. April 1939 über die Grundsätze für die Gewährung des Zinsvoraus.	31. 12. 2004
37.05.07	DRAnz. Nr. 96/1940	Grundsätze vom 23. April 1940 für die Gewährung des Zinsvoraus.	31. 12. 2004
40.01.05	BGBI. Nr. 173/1950	Agrarverfahrensgesetz – AgrVG. 1950. (WV)	–
40.01.07	BGBI. Nr. 50/1991	Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen 1991 – EGVG. (WV)	–
40.01.08	BGBI. Nr. 51/1991	Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 – AVG. (WV)	–
40.01.09	BGBI. Nr. 52/1991	Verwaltungsstrafgesetz 1991 – VStG. (WV)	–
40.01.09/001	BGBI. Nr. 386/1927	Verordnung der Bundesregierung vom 21. Dezember 1927, betreffend die Verfügung über verfallene Gegenstände (Verfallsordnung).	–
40.01.10	BGBI. Nr. 53/1991	Verwaltungsvollstreckungsgesetz 1991 – VVG. (WV)	–
40.02.01	RGBl. Nr. 114/1857	Verordnung des Justizministeriums vom 8. Juni 1857, wirksam für den ganzen Umfang des Reiches, mit Ausnahme des Militärgränze, betreffend die Behandlung der Winkelstreifer.	–
40.02.01a	BGBI. Nr. 277/1925	Bundesgesetz vom 21. Juli 1925 über die Vereinfachung der Verwaltungsgesetze und sonstige Maßnahmen zur Entlastung der Verwaltungsbehörden (Verwaltungsentlastungsgesetz – VEG).	–
41.01.01	RGBl. Nr. 1/1895	Gesetz vom 25. December 1894, betreffend die Gendarmerie der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder.	31. 12. 2009
41.01.02	StGBI. Nr. 75/1918	Gesetz vom 27. November 1918, betreffend die Gendarmerie des Deutschösterreichischen Staates.	31. 12. 2009

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
41.04.03	BGBI. Nr. 196/1935	Bundesgesetz über Schieß- und Sprengmittel (Schieß- und Sprengmittelgesetz).	31. 12. 2009
41.04.03/001	BGBI. Nr. 203/1935	Verordnung der Bundesregierung über die Anwendung der Monopolvorschriften auf Fälle der Verarbeitung von Schieß- und Sprengmitteln und über die beschränkte Anwendung des Schieß- und Sprengmittelgesetzes auf Schieß- und Sprengmittel, die zu arzneilichen Zwecken bestimmt sind.	31. 12. 2009
41.04.03/002	BGBI. Nr. 204/1935	Verordnung des mit der Leitung des Bundesministeriums für Landesverteidigung betrauten Bundeskanzlers im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministern zur Durchführung des I. Hauptstückes des Schieß- und Sprengmittelgesetzes, B. G. B. I. Nr. 196/1935 (Schieß- und Sprengmittelmonopolverordnung).	31. 12. 2009
41.08.02	BGBI. II Nr. 268/1934	Bundesgesetz vom 28. September 1934 gegen das unbefugte Tragen von Uniformen, Orden und Ehrenzeichen.	31. 12. 2004
41.08.02b	BGBI. Nr. 15/1946	Bundesgesetz vom 21. Dezember 1945, womit ein Verbot des Tragens von Uniformen der deutschen Wehrmacht erlassen wird (Uniform-Verbotsgesetz).	–
58.01.01	RGBI. Nr. 146/1854	Kaiserliches Patent vom 23. Mai 1854 womit für den ganzen Umfang der Monarchie ein allgemeines Berggesetz erlassen wird.	31. 12. 2004
58.01.01/001	BGBI. Nr. 278/1937	Verordnung des Bundesministers für Handel und Verkehr über allgemeine Bergpolizeivorschriften für die Betriebe zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl und Erdgas durch Bohrungen (Erdöl – Bergpolizeiverordnung).	31. 12. 2004
58.01.03	BGBI. Nr. 70/1937	Bundesgesetz über das Verbot der Verwendung von Frauen zu Untertagarbeiten beim Bergbau.	–
58.02.01	BGBI. Nr. 62/1926	Bundesgesetz vom 12. März 1926 über die Frist und das Verfahren in den Fällen des Artikels 12, Abs. 3, des Bundes-Verfassungsgesetzes (Übergang der Zuständigkeit in einer Angelegenheit des Elektrizitätswesens an das Bundesministerium für Handel und Verkehr).	–
58.02.02	dRGBI. I S 1451/1935	Gesetz vom 13. Dezember 1935 zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz).	31. 12. 2009

1811 der Beilagen

21

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
58.02.02/001	dRGBI. I S 1612/1938	Dritte Verordnung vom 8. November 1938 zur Durchführung des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz).	31. 12. 2009
58.02.02/002	dRGBI. I S 1732/1938	Vierte Verordnung vom 7. Dezember 1938 zur Durchführung des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz).	31. 12. 2009
58.02.02/003	DRAnz. Nr. 276/1938	Ausführungsbestimmungen vom 24. November 1938 zu § 2 der Dritten Verordnung zur Durchführung des Energiewirtschaftsgesetzes.	31. 12. 2009
58.02.02/004	dRGBI. I S 1950/1939	V vom 27. September 1939 über die Vereinfachung des Verfahrens nach § 4 des Energiewirtschaftsgesetzes.	31. 12. 2009
58.02.02/005	dRGBI. I S 1391/1940	Fünfte Verordnung vom 21. Dezember 1940 zur Durchführung des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz).	31. 12. 2009
58.02.02/006	DRAnz. Nr. 143/1940	Anordnung vom 17. Juni 1940 über die Mitteilungspflicht der Energieversorgungsunternehmen in dem Reichsgau der Ostmark.	31. 12. 2009
58.02.02/007	DRAnz. Nr. 39/1942	Anordnung vom 27. Januar 1942 über die Verbindlicherklärung der allgemeinen Bedingungen der Energieversorgungsunternehmen.	31. 12. 2009
58.02.03	dRGBI. I S 83/1939	Verordnung vom 26. Januar 1939 über die Einführung des Energiewirtschaftsrechts im Lande Österreich.	31. 12. 2009
58.02.05	dRGBI. I S 202/1940	Zweite Verordnung vom 17. Januar 1940 über die Einführung des Energiewirtschaftsrechts in der Ostmark.	31. 12. 2009
58.02.06	MBIW S 474/1940	Anordnung vom 21. Juli 1940, Zl. II En 1215/40, über die Genehmigung von Vorschriften betreffend die Speicherung, Verleihung und Verwendung von Gas.	31. 12. 2009
58.02.07	VABl. Niederdonau S 141/1940	Erlaß des Reichswirtschaftsministers vom 17. Juli 1940, Zahl: II En 1428/40, über Behandlung energiewirtschaftlicher Bauvorhaben in der Ostmark.	31. 12. 2009
58.02.08	dRGBI. I S 467/1941	Erlaß des Führers und Reichskanzlers über den Generalinspektor für Wasser und Energie vom 29. Juli 1941.	31. 12. 2009

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
58.03.01	dRGBl. I S 1856/1939	Verordnung vom 20. September 1939 zur Sicherstellung der Gasversorgung.	31. 12. 2009
58.03.02	VABIWien Nr. 48/1944	Bergpolizeiverordnung des Oberbergamtes in Wien vom 19. Mai 1944 zur Verhütung einer Vergeudung der Energie von Erdöl- und Erdgaslagerstätten.	31. 12. 2004
60.01.01	StGBI. Nr. 88/1920	Gesetz vom 11. Februar 1920 über die Rechtsverhältnisse der Journalisten (Journalistengesetz).	–
60.01.02	BGBI. Nr. 292/1921	Bundesgesetz vom 11. Mai 1921 über den Dienstvertrag der Privatangestellten (Angestelltingesetz).	–
60.01.03	BGBI. Nr. 441/1922	Bundesgesetz vom 13. Juli 1922 über den Bühnendienstvertrag (Schauspielergesetz).	–
60.01.04	BGBI. Nr. 538/1923	Bundesgesetz vom 26. September 1923 über den Dienstvertrag der Angestellten in Land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Gutsangestelltingesetz).	–
60.01.05	BGBI. Nr. 359/1928	Bundesgesetz vom 20. Dezember 1928 über die Regelung des Dienstverhältnisses der Privatkraftwagenführer (Privat-Kraftwagenführergesetz).	–
60.02.01	RGBl. Nr. 95/1899	Verordnung der Ministerien des Inneren, des Handels, der Eisenbahnen, des Ackerbaues, der Finanzen und der Landesverteidigung, einverständlich mit dem Reichs-Kriegsministerium, vom 19. Mai 1899, mit welcher die Ausführung des Gesetzes vom 27. Mai 1885, R. G. Bl. Nr. 134, beziehungsweise in Ergänzung der Verordnung vom 4. August 1885, R. G. Bl. Nr. 135, Verordnung, betreffend den Verkehr mit sprengkräftigen Zündungen, erlassen werden.	31. 12. 2009
60.02.01a	RGBl. Nr. 176/1906	Verordnung des Handelsministers im Einvernehmen mit dem Minister des Innern, dem Ackerbauminister und dem Eisenbahnminister vom 18. Juli 1906, mit welcher Vorschriften für die Herstellung, Benützung und Instandhaltung von Anlagen zur Verteilung und Verwendung brennbarer Gase erlassen werden (Gasregulativ).	31. 12. 2009
60.02.02	StGBI. Nr. 406/1919	Gesetz vom 28. Juli 1919 über die Beschäftigung von jugendlichen und weiblichen Arbeitern, dann über die Arbeitszeit und die Sonntagsruhe beim Bergbau (Bergarbeitergesetz).	31. 12. 2009

1811 der Beilagen

23

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
60.02.06	BGBI. Nr. 3/1931	Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Handel und Verkehr vom 12. Dezember 1930 über die Verarbeitung von Zelluloid in der Heimarbeit.	31. 12. 2009
60.04.01	BGBI. Nr. 113/1930	BG vom 5. April 1930 zum Schutz der Arbeits- und der Versammlungsfreiheit.	–
60.04.02	BGBI. Nr. 229/1937	Bundesgesetz betreffend Kautionen, Darlehen und Geschäftseinlagen von Dienstnehmern (Kautionsschutzgesetz).	–
63.01.01/001	RGBI. Nr. 37/1873	Verordnung des Ministers des Innern vom 21. März 1873, betreffend die Prüfung der Ärzte zur Erlangung einer bleibenden Anstellung im öffentlichen Sanitätsdienste bei den politischen Behörden.	–
63.01.01/002	RGBI. Nr. 170/1897	Verordnung des Justizministers vom 18. Juli 1897, betreffend das Personal der Gerichtskanzlei (Kanzleipersonal-Verordnung).	31. 12. 2004
63.01.01/003	JABl. Nr. 1/1924	Dienstanweisung vom 26. Dezember 1923 über die Prüfung zur Erlangung eines Dienstpostens des Zwangsvollstreckungsdienstes (Gerichtsvollzieherprüfung).	31. 12. 2004
64.05.01	BGBI. II Nr. 78/1934	Bundesgesetz vom 8. Juni 1934, betreffend die Einführung einer Dienstordnung und Errichtung eines Disziplinausschusses bei den Bundestheatern.	31. 12. 2009
66.03.01	BGBI. Nr. 377/1933	V des Bundesministers für Finanzen vom 1. August 1933 über die Regelung der Ruhe- und Versorgungsgenüsse von Bankangestellten (Bankpensionsverordnung).	–
67.01.01	BGBI. Nr. 251/1929	Bundesgesetz vom 18. Juli 1929 über die Einrichtung eines Fonds zur Gewährung von Unterhaltsdarlehen an Kleinrentner (Kleinrentnergesetz).	–
67.01.01/001	BGBI. Nr. 294/1929	Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen vom 31. August 1929 zur Durchführung des § 9 des Bundesgesetzes vom 18. Juli 1929, BGBI. Nr. 251 (I. Durchführungsverordnung zum Kleinrentnergesetz).	–

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
67.01.01/002	BGBI. Nr. 271/1930	Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 27. August 1930 im Einvernehmen mit den Bundesministern für Finanzen und für Justiz, betreffend die Geschäftsordnung der Kommission des Kleinrentnerfonds (III. Durchführungsverordnung zum Kleinrentnergesetz).	–
67.01.01/003	Zl. II b Nr. 4415/1942	Erlaß vom 13. August 1942 betreffend den Ausgleich von Härten bei der Durchführung des österreichischen Kleinrentnergesetzes.	–
68.02.01	dRGBI. I S 5/1944	Verordnung vom 23. Dezember 1943 über Vergünstigungen für Kriegsbeschädigte im öffentlichen Personenverkehr.	–
68.02.01/001	RVBl. Nr. 1/1944	Erlaß vom 19. Jänner 1944, Zl. VIII b 101/44 A, betreffend Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung über Begünstigungen für Kriegsbeschädigte im öffentlichen Personenverkehr vom 19. Jänner 1944.	–
68.02.01/002	RVBl. Nr. 1/1944	Erlaß vom 19. Januar 1944, Zl. VIII b 102/44 A, betreffend Bestimmungen über den Schwerekriegsbeschädigtenausweis.	–
70.07.02	RGBI. Nr. 48/1868	Gesetz vom 25. Mai 1868 wodurch grundsätzliche Bestimmungen über das Verhältnis der Schule zur Kirche erlassen werden.	–
74.01.01	RGBI. Nr. 68/1874	Gesetz vom 20. Mai 1874 betreffend die gesetzliche Anerkennung von Religionsgesellschaften.	–
74.01.01/001	RGBI. Nr. 99/1877	V des Ministers für Kultus und Unterricht vom 18. Oktober 1877, womit die Anerkennung der altkatholischen Religionsgesellschaft ausgesprochen wird.	–
74.01.01/002	RGBI. Nr. 40/1880	V des Ministers für Kultus und Unterricht vom 30. März 1880 womit die Anerkennung der evangelischen Brüderkirche (Herrnhuter-Brüderkirche) ausgesprochen wird.	–
74.01.02	RGBI. Nr. 57/1890	Gesetz vom 21. März 1890 betreffend die Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der israelitischen Religionsgesellschaft.	–
74.01.02/001	RGBI. Nr. 96/1897	V des Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 18. März 1897 betreffend die Abgrenzung des Kompetenzkreises der Organe der staatlichen Kultusverwaltung in Ansehung des Gesetzes über die äußeren Rechtsverhältnisse der israelitischen Religionsgesellschaft vom 21. März 1890, RGBI. Nr. 57.	–

1811 der Beilagen

25

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
74.01.02a	RGBI. Nr. 159/1912	Gesetz vom 15. Juli 1912, betreffend die Anerkennung der Anhänger des Islams nach hanefitischem Ritus als Religionsgesellschaft.	–
74.02.01	GBIÖ Nr. 543/1939	Gesetz über die Erhebung von Kirchenbeiträgen im Lande Österreich.	–
74.02.01/001	GBIÖ Nr. 718/1939	V des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich wodurch Vorschriften zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes über die Erhebung von Kirchenbeiträgen im Lande Österreich, GBIÖ Nr. 543/1939, erlassen werden.	–
74.02.01/002	GBIÖ Nr. 45/1940	Dritte Verordnung des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 29. März 1940 zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes über die Erhebung von Kirchenbeiträgen im Lande Österreich, GBIÖ Nr. 543/1939.	–
74.03.04	RGBI. Nr. 49/1868	Gesetz vom 25. Mai 1868 wodurch die interkonfessionellen Verhältnisse der Staatsbürger in den darin angegebenen Beziehungen geregelt werden.	–
74.03.04/001	RGBI. Nr. 13/1869	V der Minister des Kultus und des Innern vom 18. Jänner 1869 betreffend den Vollzug der den Übertritt von einer Kirche oder Religionsgesellschaft zur anderen regelnden Bestimmungen des Gesetzes vom 25. Mai 1868, RGBI. Nr. 49.	–
74.03.07	BGBI. II Nr. 156/1934	BG vom 12. Juli 1934 über die Regelung des Instanzenzuges bei Erlassung von Bescheiden in Angelegenheiten der staatlichen Kultusverwaltung.	–
74.03.08	BGBI. Nr. 155/1985	Bundesgesetz über die religiöse Kindererziehung 1985. (WV)	–
77.01.01	StGBI. Nr. 90/1918	BG über das Verbot der Ausfuhr von Gegenständen von geschichtlicher, künstlerischer oder sonstiger kultureller Bedeutung (Ausfuhrverbotsgesetz für Kulturgut – AusfVKG).	–
77.01.01/002	BGBI. Nr. 56/1931	V des Bundesministeriums für Unterricht im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramte vom 19. Jänner 1931 betreffend den Schutz der Schriftdenkmale.	–

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
77.01.02	BGBI. Nr. 533/1923	BG vom 25. September 1923 betreffend Beschränkungen in der Verfügung über Gegenstände von geschichtlicher, künstlerischer oder kultureller Bedeutung (Denkmalschutzgesetz).	–
77.01.02/001	BGBI. Nr. 299/1924	V des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums für Unterricht vom 25. Juni 1924 zur Durchführung des Bundesgesetzes vom 25. September 1923, BGBI. Nr. 533 betreffend Beschränkungen in der Verfügung über Gegenstände von geschichtlicher, künstlerischer oder kultureller Bedeutung (Denkmalschutzgesetz).	–
80.01.01	BGBI. Nr. 259/1924	BG vom 18. Juli 1924 betreffend das Verhältnis der land- und forstwirtschaftlichen Hauptkörperschaften zu den Bundesbehörden.	–
80.01.02	BGBI. Nr. 1/1951	Agrarbehördengesetz 1950. (WV)	–
80.05.01	dRGBI. S 165/1919	Verordnung vom 29. Jänner 1919 über die Schädlingsbekämpfung mit hochgiftigen Stoffen.	31. 12. 2004
80.05.01/001	dRGBI. I S 360/1936	Verordnung vom 6. April 1936 über die Verwendung von Phosphorwasserstoff zur Schädlingsbekämpfung.	31. 12. 2004
80.05.01/002	dRGBI. I S 1058/1938	Verordnung vom 25. August 1938 über den Gebrauch von Äthylenoxyd zur Schädlingsbekämpfung.	31. 12. 2004
80.05.01/003	dRGBI. I S 72/1941	Verordnung vom 2. Februar 1941 über den Gebrauch von Tritox (Trichloracetonitril) zur Schädlingsbekämpfung.	31. 12. 2004
80.06.03	BGBI. Nr. 103/1951	Grundsatzgesetz 1951 über die Behandlung der Wald- und Weidenutzungsrechte sowie besonderer Felddienstbarkeiten. (WV)	–
80.06.04	BGBI. Nr. 103/1951	Flurverfassungs-Grundsatzgesetz 1951. (WV)	–
81.01.01	BGBI. Nr. 215/1959	Wasserrechtsgesetz 1959 – WRG 1959. (WV)	–
81.01.01/001	BGBI. Nr. 64/1935	V des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft über die Form der Staumaße und Festpunkte bei wasserrechtlich bewilligten Anlage und den Vorgang bei ihrer Anbringung.	–
81.02.01	RGBI. Nr. 117/1884	Gesetz vom 30. Juni 1884 betreffend Vorkehrungen zur unschädlichen Ableitung von Gebirgswässern.	–

1811 der Beilagen

27

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
81.02.05	LGVBISbg. Nr. 28/1920	Gesetz vom 27. Jänner 1920 womit das Gesetz vom 28. August 1870, LGBl. Nr. 32, über Benützung, Leitung und Abwehr der Gewässer (Wasserrechtsgesetz) abgeändert wird.	–
81.02.06	LGBIVbg. Nr. 68/1923	Gesetz vom 10. August 1923 betreffend die Durchführung und die Erhaltung von Flußregulierungen, Wildbachverbauungen, Bewässerungs- und Entwässerungsanlagen (Allgemeines Wasserbautengesetz).	–
81.02.07	BGBl. Nr. 371/1927	BG vom 16. Dezember 1927 über die Beendigung der Tätigkeit der Donauregulierungskommission, die Aufteilung des Donauregulierungsfonds; und die künftige Durchführung der Donauregulierungsarbeiten.	–
81.02.08	BGBl. Nr. 372/1927	BG vom 16. Dezember 1927 über die Bildung einer Donauhochwasserschutz-Konkurrenz.	–
81.02.09	BGBl. Nr. 420/1937	BG über den Salzburger Almkanal.	–
82.01.01	RGBL. Nr. 68/1870	Gesetz vom 30. April 1870 betreffend die Organisation des öffentlichen Sanitätsdienstes.	–
82.01.02	dRGBL. I S 531/1934	Gesetz vom 3. Juli 1934 über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens.	–
82.01.02/001	dRGBL. I S 177/1935	Erste Durchführungsverordnung vom 6. Februar 1935 zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens.	–
82.01.02/002	dRGBL. I S 215/1935	Zweite Durchführungsverordnung vom 22. Februar 1935 zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens (Dienstordnung – Allgemeiner Teil).	–
82.01.02/003	MBL. I S 327/1935	Dritte Durchführungsverordnung vom 30. März 1935 zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens (Dienstordnung – Besonderer Teil).	–
82.01.02/004	dRGBL. I S 1680/1938	Verordnung vom 29. November 1938 über die Einführung des Gesetzes über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens im Lande Österreich.	–
82.02.01	BGBl. Nr. 68/1925	Bundesgesetz vom 4. Februar 1925 betreffend die Verhütung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten durch das Überhandnehmen von Ratten.	–

28

1811 der Beilagen

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
82.02.02	dRGBI. I S 551/1941	Verordnung vom 28. August 1941 über die Abgabe von thalliumhaltigen Ungeziefermitteln (Schädlingsbekämpfungsmitteln) in den Reichsgauen der Ostmark.	31. 12. 2004
82.02.04	MBI. I S 951/1942	Erlaß vom 30. April 1942, Zl. IV g 330 42-5508, betreffend Vorschriften gegen die Verbreitung übertragbarer Krankheiten durch Schulen, Kinderheime und ähnliche Einrichtungen (SchulSeuchErl.).	31. 12. 2004
82.02.06	StGBI. Nr. 152/1945	Gesetz vom 22. August 1945 über die Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Geschlechtskrankheiten (Geschlechtskrankheitengesetz).	–
82.02.07	StGBI. Nr. 153/1945	Gesetz vom 22. August 1945 über die gesundheitliche Überwachung der mit der Herstellung und Abgabe von Nahrungs- und Genußmitteln befaßten Personen (Bazillenausscheidergesetz).	–
82.02.09	BGBI. Nr. 186/1950	Epidemiegesetz 1950. (WV)	–
82.02.09/001	RGBI. Nr. 39/1915	Verordnung des Ministers des Innern im Einvernehmen mit dem Minister für Kultus und Unterricht vom 22. Februar 1915 betreffend die Absonderung Kranker, Krankheitsverdächtiger und Ansteckungsverdächtiger und die Bezeichnung von Häusern und Wohnungen.	–
82.03.01	BGBI. Nr. 381/1925	Verordnung des Bundesministeriums für Unterricht im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für soziale Verwaltung vom 26. September 1925, betreffend Regelung der Ausbildung zum Zahnarzt.	31. 12. 2004
82.03.01a	BGBI. Nr. 71/1926	Bundesgesetz vom 26. März 1926 betreffend die sanitäre Regelung des Ammenwesens.	–
82.04.01	RGBI. Nr. 5/1907	Gesetz vom 18. Dezember 1906 betreffend die Regelung des Apothekenwesens (Apothekengesetz).	–

1811 der Beilagen

29

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
82.04.01/001	BGBI. Nr. 40/1930	Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 31. Jänner 1930 betreffend die Verwendung des pharmazeutischen Hilfspersonals im Betriebe der öffentlichen und Anstaltsapotheken, ferner die praktische Ausbildung und Prüfung für den Apothekerberuf (Pharmazeutische Fachkräfteverordnung).	–
82.04.01/002	BGBI. Nr. 171/1934	Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft vom 4. Juli 1934 betreffend den Betrieb von Apotheken (Apothekenbetriebsordnung).	31. 12. 2004
82.07.02	RGBI. Nr. 263/1914	Verordnung des Ministers des Innern im Einvernehmen mit dem Minister für Kultus und Unterricht vom 29. September 1914 betreffend Leichen von mit anzeigepflichtigen Krankheiten behafteten Personen.	–
86.01.01	RGBI. Nr. 20/1873	Verordnung der Ministerien des Innern und des Handels vom 1. Februar 1873 betreffend die Desinfektion der zur Aufbewahrung oder zum Transporte bestimmten tierischen Rohprodukte und Abfälle.	31. 12. 2004
86.01.02	RGBI. Nr. 108/1879	Gesetz vom 19. Juli 1879 betreffend die Verpflichtung der Desinfektion bei Viehtransporten auf Eisenbahnen und Schiffen.	31. 12. 2004
86.01.02/001	RGBI. Nr. 109/1879	Verordnung der Minister des Innern, der Justiz und des Handels vom 7. August 1879 zum Vollzuge des Gesetzes vom 19. Juli 1879, RGBI. Nr. 108, betreffend die Verpflichtung zur Desinfektion bei Viehtransporten auf Eisenbahnen und Schiffen.	31. 12. 2004
86.01.02/002	RGBI. Nr. 30/1906	Verordnung der Ministerien des Innern, der Justiz, des Handels, der Eisenbahnen und des Ackerbaues vom 21. Februar 1906 betreffend die Reinigung und Desinfektion von Eisenbahnwagen, in welchen Pferde, Maultiere, Esel, Rindvieh, Schafe, Ziegen oder Schweine befördert worden sind.	31. 12. 2004

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
86.01.02/003	RGBI. Nr. 223/1909	Verordnung der Ministerien des Ackerbaues, der Justiz, des Handels und der Eisenbahnen vom 30. Dezember 1909 über die Reinigung und Desinfektion von Eisenbahnwagen, die zum Transporte von Geflügel benützt werden.	31. 12. 2004
86.01.05	RGBI. Nr. 177/1909	Gesetz vom 6. August 1909, betreffend die Abwehr und Tilgung von Tierseuchen.	–
86.01.05/001	RGBI. Nr. 178/1909	V der Ministerien des Ackerbaues, des Innern, der Finanzen, der Justiz, des Handels, der Eisenbahnen und des Unterrichtes vom 15. Oktober 1909 mit welcher Durchführungsbestimmungen zu dem Gesetze vom 6. August 1909, RGBI. Nr. 177, betreffend die Abwehr und Tilgung von Tierseuchen, erlassen werden.	–
86.01.05/002	RGBI. Nr. 38/1910	V des Ackerbauministeriums im Einvernehmen mit den Ministerien des Innern, des Handels und der Eisenbahnen vom 10. Februar 1910 betreffend die Anzeigepflicht für die Furunkulose der Fische.	–
86.01.05a	StGBI. Nr. 241/1919	Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Land- und Forstwirtschaft im Einvernehmen mit dem Staatsamte für Volksernährung vom 19. April 1919 betreffend die Verwertung von Gegenständen animalischer Herkunft in Tierkörperverwertungsanstalten (Tierkörperverwertung).	–
86.01.06	StGBI. Nr. 197/1945	Gesetz vom 12. September 1945 über die Wiederherstellung des österreichischen Rechtes auf dem Gebiete des Veterinärwesens (Veterinärrechtsgesetz).	–
86.02.01	RGBI. Nr. 148/1901	Gesetz vom 27. September 1901 mit welchem in teilweiser Abänderung und Ergänzung der Gesetze vom 30. April 1870, RGBI. Nr. 68, und vom 24. November 1876, RGBI. Nr. 137, die Dienstverhältnisse der bei der staatlichen Veterinärverwaltung in Verwendung stehenden Amtstierärzte einer neuen Regelung unterzogen werden.	–
86.02.02	RGBI. Nr. 179/1909	Verordnung des Ackerbauministeriums und des Ministeriums des Innern vom 17. November 1909 mit welcher eine neue Dienstesinstruktion für die Amtstierärzte der politischen Behörden erlassen wird.	–

1811 der Beilagen

31

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
91.01.01	BGBI. Nr. 435/1929	BG vom 20. Dezember 1929 über das Telegraphenwegerecht (Telekommunikationswegegesetz – TWG).	–
93.01.01	RGBI. Nr. 70/1874	Gesetz vom 19. Mai 1874 betreffend die Anlegung von Eisenbahnbüchern, die Wirkung der an einer Eisenbahn eingeräumten Hypothekarrechte und die bücherliche Sicherung der Pfandrechte der Besitzer von Eisenbahn-Prioritätstobligationen.	–
93.01.01/001	BGBI. Nr. 77/1930	Verordnung des Bundesministers für Justiz im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler, dem Bundesminister für Handel und Verkehr und dem Bundesminister für Finanzen vom 1. März 1930 über die innere Einrichtung, die Anlegung und Führung des Eisenbahnbuches (EisBV.).	–
93.01.03	BGBI. I Nr. 233/1934	V der Bundesregierung vom 13. April 1934 über das Eisenbahnbuch für die burgenländischen Eisenbahnen.	–
94.02.02	dRGBI. S 868/1898	Gesetz vom 20. Mai 1898 betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschifffahrt.	–
94.02.02/001	DJ S 1361/1939	Allgemeine Verfügung vom 12. August 1939, Zl. 3821-V.a 757, über die Führung der Binnenschiffregister.	–
94.02.02/002	DJ S 1902/1939	Allgemeine Verfügung vom 18. Dezember 1939, Zl. 3821-V.A12 1229, über die Einrichtung und Führung des Binnenschiffregisters in der Ostmark und im Reichsgau Sudetenland.	–
94.02.03	dRGBI. S 40/1918	Bekanntmachung vom 17. Jänner 1918 betreffend Veräußerung von Binnenschiffen ins Ausland.	–
94.02.05	dRGBI. I S 97/1937	Gesetz vom 30. Jänner 1937 über das Verfahren in Binnenschiffahrtssachen.	–
94.02.05/001	dRGBI. I S 351/1941	Vierte Verordnung vom 26. Juni 1941 zur Durchführung des Gesetzes über das Verfahren in Binnenschiffahrtssachen.	–
94.02.05/002	dRGBI. I S 147/1943	Fünfte Verordnung vom 18. März 1943 zur Durchführung des Gesetzes über das Verfahren in Binnenschiffahrtssachen.	–
94.02.07	dRGBI. I S 1499/1940	Gesetz vom 15. November 1940 über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken.	–

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
94.02.07/001	dRGBI. I S 1609/1940	Verordnung vom 21. Dezember 1940 zur Durchführung des Gesetzes über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken.	–
94.02.07/002	dRGBI. I S 283/1941	Zweite Verordnung vom 16. Mai 1941 zur Durchführung des Gesetzes über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken.	–
94.02.07/003	DJ S 525/1941	Allgemeine Verfügung vom 23. April 1941, Zl. 3447/2-V. a 890, betreffend Mitteilung der Eintragung eines Verzichts auf das Eigentum an einem Schiff und Schiffsbauwerk an die Schiffsbehörden.	–
94.02.08	dRGBI. I S 1591/1940	Schiffsregisterordnung vom 19. Dezember 1940.	–
94.02.08/001	DJ S 42/1941	Allgemeine Verfügung vom 23. Dezember 1940, Zl. 3826-V. a 2390, betreffend Einrichtung und Führung des Schiffsregisters und des Schiffsbauregisters (Schiffsregisterverfügung).	–
94.02.08/002	DJ S 63/1941	Allgemeine Verfügung vom 23. Dezember 1940, Zl. 3821-V. a 1037, betreffend Führung des Binnenschiffsregisters.	–
94.02.08/003	DJ S 428/1941	Anleichs- und Ergänzungsbestimmungen vom 25. März 1941, Zl. 3826-V. a 301, zur Schiffsregisterverfügung (SchiRegV) vom 23. Dezember 1940, Deutsche Justiz 1941 S 42, für die Reichsgaue der Ostmark und den Reichsgau Sudetenland.	–
94.02.08/004	DJ S 249/1943	Allgemeine Verfügung vom 15. April 1943 betreffend die Führung des Schiffsregisters.	–
94.02.09	dRGBI. I S 241/1943	Gesetz vom 8. April 1943 über Schiffspfandbriefbanken (Schiffsbankgesetz).	–
95.08.02	dRGBI. I S 273/1942	Verordnung vom 9. April 1942 über Güte-, Prüf-, Gewähr und ähnliche Zeichen (Gütezeichenverordnung).	31. 12. 2009
98.01.02	BGBI. Nr. 252/1921	Bundesgesetz vom 15. April 1921 betreffend Ausgestaltung des staatlichen Wohnungsfürsorgefonds zu einem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds.	–
98.01.02/001	BGBI. Nr. 187/1925	Kundmachung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen vom 6. April 1925 womit das Statut des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds verlautbart wird.	–

1811 der Beilagen

33

Systematische Gliederung: Indexzahl	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Titel	Außerkräfttreten spätestens mit folgendem Datum
98.01.03	BGBI. Nr. 200/1929	Bundesgesetz vom 14. Juni 1929 betreffend die Förderung der Wohnbautätigkeit und Abänderung des Mietengesetzes (Wohnbauförderungs- und Mietengesetz).	31. 12. 2009
98.04.01	dRGBI. I S 438/1940	Gesetz über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen – Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz – (WGG). Vom 29. Februar 1940.	31. 12. 2009
98.04.01/001	dRGBI. I S 1012/1940	Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen (WGGDV). Vom 23. Juli 1940.	31. 12. 2009

Suchhilfen**Teil I: Übersicht über die systematische Gliederung des Bundesrechts (Indexzahlen)****Sachgebiet 1: Verfassungs- und Organisationsrecht, Medienrecht, Allgemeine internationale Angelegenheiten**

- 10 Verfassungsrecht
- 11 Hoheitsgebiet, Grenzen
- 12 Internationale Angelegenheiten
- 13 Staatsvertragsdurchführung, Kriegsfolgen
- 14 Organisationsrecht
- 15 Unabhängigkeitserklärung, Rechtsüberleitung, Übergangsrecht
- 16 Medienrecht
- 17 Vereinbarungen gemäß Art. 15a B-VG
- 18 Kundmachungswesen
- 19 Völkerrechtliche Verträge

Sachgebiet 2: Zivil- und Strafrecht

- 20 Privatrecht allgemein
- 21 Handels- und Wertpapierrecht
- 22 Zivilprozeß, außerstreitiges Verfahren
- 23 Insolvenzrecht, Exekutionsrecht
- 24 Strafrecht
- 25 Strafprozeß, Strafvollzug
- 26 Gewerblicher Rechtsschutz
- 27 Rechtspflege
- 29 Völkerrechtliche Verträge

Sachgebiet 3: Finanzrecht

- 30 Finanzverfassung, Finanzausgleich
- 31 Bundeshaushalt
- 32 Steuerrecht
- 33 Bewertungsrecht
- 34 Monopole
- 35 Zollrecht
- 36 Wirtschaftstreuhand
- 37 Geld-, Währungs- und Kreditrecht
- 38 Punzierung
- 39 Völkerrechtliche Verträge

Sachgebiet 4: Innere Verwaltung und Wehrrecht

- 40 Verwaltungsverfahren
- 41 Innere Angelegenheiten
- 43 Wehrrecht
- 44 Zivildienst
- 46 Statistik
- 49 Völkerrechtliche Verträge

Sachgebiet 5: Wirtschaft

- 50 Gewerberecht
- 53 Wirtschaftsförderung
- 54 Außenhandel
- 55 Wirtschaftslenkung
- 56 Öffentliche Wirtschaft
- 57 Versicherungen
- 58 Berg- und Energierecht
- 59 Völkerrechtliche Verträge

Sachgebiet 6: Arbeitsrecht, Dienstrecht, Soziale Sicherheit

- 60 Arbeitsrecht
- 61 Familienförderung, Jugendfürsorge
- 62 Arbeitsmarktverwaltung
- 63 Allgemeines Dienst- und Besoldungsrecht
- 64 Besonderes Dienst- und Besoldungsrecht
- 65 Pensionsrecht für Bundesbedienstete
- 66 Sozialversicherung
- 67 Versorgungsrecht
- 68 Behinderteneinstellung, sonstiges Sozialrecht
- 69 Völkerrechtliche Verträge

Sachgebiet 7: Schulen, Wissenschaft, Kirche, Kultur, Sport

- 70 Schulen
- 71 Land- und forstwirtschaftliche Schulen
- 72 Wissenschaft, Hochschulen
- 74 Kirchen, Religionsgemeinschaften
- 75 Volksbildung
- 77 Kunst, Kultur
- 78 Sport
- 79 Völkerrechtliche Verträge

Sachgebiet 8: Land- und Forstwirtschaft, Gesundheit, Umweltschutz, Veterinärrecht

- 80 Land- und Forstwirtschaft
- 81 Wasserrecht, Wasserbauten
- 82 Gesundheitsrecht
- 83 Natur- und Umweltschutz
- 86 Veterinärrecht
- 89 Völkerrechtliche Verträge

1811 der Beilagen

35

Sachgebiet 9: Verkehr, Technik, Straßenbau, Wohnbau, Vergabewesen

- 90 Straßenverkehrsrecht, Kraftfahrrecht
- 91 Post- und Fernmeldewesen
- 92 Luftverkehr
- 93 Eisenbahn
- 94 Schifffahrt
- 95 Technik
- 96 Straßenbau
- 97 Vergabewesen
- 98 Wohnbau
- 99 Völkerrechtliche Verträge

Teil II: Chronologisches Verzeichnis der Fundstellen samt Indexzahl

Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Systematische Gliederung: Indexzahl	Außerkraft-treten spätestens mit folgendem Datum	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Systematische Gliederung: Indexzahl	Außerkraft-treten spätestens mit folgendem Datum
JGS Nr. 946/1811	20.01.01	–	BGBI. Nr. 371/1927	81.02.07	–
JGS Nr. 1201/1816	22.04.10	–	BGBI. Nr. 372/1927	81.02.08	–
JGS Nr. 1305/1816	20.13.02	–	BGBI. Nr. 386/1927	40.01.09/001	–
JGS Nr. 1364/1817	31.01.01	–	dRGBI. I S 492/1927	37.02.06	–
JGS Nr. 1410/1818	20.13.04	–	BGBI. Nr. 47/1928	27.02.01a/003	–
JGS Nr. 1621/1819	20.13.05	–	BGBI. Nr. 359/1928	60.01.05	–
JGS Nr. 2217/1826	22.04.12	–	BGBI. Nr. 181/1929	24.03.06	–
Sammlung der Gesetze für das Erzherzogthum Oesterreich unter der Ens, 14. Teil, Nr. 151/1832	20.13.05a	31. 12. 2009	BGBI. Nr. 200/1929	98.01.03	31. 12. 2009
JGS Nr. 2582/1832	22.04.13	–	BGBI. Nr. 222/1929	14.02.08	–
JGS Nr. 188/1837	20.13.06	–	BGBI. Nr. 251/1929	67.01.01	–
JGS Nr. 277/1838	23.05.02	31. 12. 2009	BGBI. Nr. 294/1929	67.01.01/001	–
JGS Nr. 592/1842	20.13.08	–	BGBI. Nr. 435/1929	91.01.01	–
JGS Nr. 644/1842	22.04.17	–	BGBI. Nr. 2/1930	20.11.05	–
JGS Nr. 968/1846	23.05.03	31. 12. 2009	BGBI. Nr. 3/1930	20.11.06	–
RGBI. Nr. 10/1853	14.02.01	–	BGBI. Nr. 40/1930	82.04.01/001	–
RGBI. Nr. 250/1853	15.01.03/001	–	BGBI. Nr. 75/1930	20.11.05/001	–
RGBI. Nr. 146/1854	58.01.01	31. 12. 2004	BGBI. Nr. 77/1930	93.01.01/001	–
RGBI. Nr. 208/1854	22.03.01	–	BGBI. Nr. 113/1930	60.04.01	–
RGBI. Nr. 26/1855	25.04.01	–	BGBI. Nr. 168/1930	10.01.01/003	–

Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Systematische Gliederung: Indexzahl	Außerkräftreten spätestens mit folgendem Datum	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Systematische Gliederung: Indexzahl	Außerkräftreten spätestens mit folgendem Datum
RGBl. Nr. 145/1856	25.04.03	–	BGBI. Nr. 271/1930	67.01.01/002	–
RGBl. Nr. 114/1857	40.02.01	–	BGBI. Nr. 3/1931	60.02.06	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 63/1858	37.01.01	31. 12. 2004	BGBI. Nr. 56/1931	77.01.01/002	–
RGBl. Nr. 105/1858	20.13.12	–	BGBI. Nr. 66/1933	37.05.02	–
RGBl. Nr. 21/1860	20.13.14	–	BGBI. Nr. 68/1933	37.05.03	31. 12. 2004
RGBl. Nr. 205/1860	22.04.19	–	BGBI. Nr. 346/1933	14.02.09	–
RGBl. Nr. 268/1860	14.01.01a	–	BGBI. Nr. 377/1933	66.03.01	–
RGBl. Nr. 85/1862	21.06.01	–	BGBI. II Nr. 22/1934	20.11.08	–
RGBl. Nr. 33/1868	22.04.20	–	BGBI. I Nr. 66/1934	26.02.03/005	–
RGBl. Nr. 36/1868	21.06.02	–	BGBI. II Nr. 78/1934	64.05.01	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 48/1868	70.07.02	–	BGBI. II Nr. 95/1934	31.02.01	–
RGBl. Nr. 49/1868	74.03.04	–	BGBI. II Nr. 129/1934	12.02.01a	–
RGBl. Nr. 62/1868	20.13.15a	–	BGBI. II Nr. 156/1934	74.03.07	–
RGBl. Nr. 96/1868	27.01.04	–	BGBI. Nr. 171/1934	82.04.01/002	31. 12. 2004
RGBl. Nr. 13/1869	74.03.04/001	–	BGBI. II Nr. 221/1934	23.02.02	–
RGBl. Nr. 150/1869	23.05.04	–	BGBI. I Nr. 233/1934	93.01.03	–
RGBl. Nr. 22/1870	37.01.02	31. 12. 2004	BGBI. II Nr. 268/1934	41.08.02	31. 12. 2004
RGBl. Nr. 43/1870	24.03.02	–	dRGBI. I S 531/1934	82.01.02	–
RGBl. Nr. 68/1870	82.01.01	–	RMinBL. S 839/1934	32.06.01/001	–
RGBl. Nr. 75/1871	27.02.01a	–	dRGBI. I S 1058/1934	32.06.01	–
RGBl. Nr. 76/1871	20.13.16	–	BGBI. Nr. 64/1935	81.01.01/001	–
dRGBI. S 207/1871	20.07.01	–	dRGBI. I S 177/1935	82.01.02/001	–
RGBl. Nr. 20/1873	86.01.01	31. 12. 2004	BGBI. Nr. 196/1935	41.04.03	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 37/1873	63.01.01/001	–	BGBI. Nr. 203/1935	41.04.03/001	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 62/1873	14.02.01a	–	BGBI. Nr. 204/1935	41.04.03/002	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 70/1873	21.04.01	–	dRGBI. I S 215/1935	82.01.02/002	–
RGBl. Nr. 48/1874	21.06.03	–	MBI. I S 327/1935	82.01.02/003	–

1811 der Beilagen

37

Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Systematische Gliederung: Indexzahl	Außerkräftreten spätestens mit folgendem Datum	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Systematische Gliederung: Indexzahl	Außerkräftreten spätestens mit folgendem Datum
RGBl. Nr. 49/1874	21.06.04	–	dRGBl. I S 1451/1935	58.02.02	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 68/1874	74.01.01	–	BGBl. Nr. 111/1936	20.08.01	–
RGBl. Nr. 70/1874	93.01.01	–	BGBl. Nr. 112/1936	20.08.02	–
RGBl. Nr. 49/1875	31.01.02	–	BGBl. Nr. 188/1936	20.08.02a	–
RGBl. Nr. 99/1877	74.01.01/001	–	BGBl. Nr. 215/1936	26.02.03/006	–
RGBl. Nr. 111/1877	21.06.04a	–	dRGBl. I S 360/1936	80.05.01/001	31. 12. 2004
RGBl. Nr. 50/1879	20.13.17	–	BGBl. Nr. 70/1937	58.01.03	–
RGBl. Nr. 108/1879	86.01.02	31. 12. 2004	dRGBl. I S 97/1937	94.02.05	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 109/1879	86.01.02/001	31. 12. 2004	BGBl. Nr. 229/1937	60.04.02	–
RGBl. Nr. 40/1880	74.01.01/002	–	BGBl. Nr. 278/1937	58.01.01/001	31. 12. 2004
RGBl. Nr. 117/1884	81.02.01	–	BGBl. Nr. 420/1937	81.02.09	–
JMVBl. Nr. 5/1885	27.02.01a/001	–	DRAnz. Nr. 276/1938	58.02.02/003	31. 12. 2009
JMVBl. Nr. 36/1887	27.02.01a/002	–	dRGBl. I S 807/1938	20.02.02	–
RGBl. Nr. 41/1888	24.03.03	–	dRGBl. I S 923/1938	20.02.02a	–
RGBl. Nr. 32/1889	37.02.01	31. 12. 2004	dRGBl. I S 1058/1938	80.05.01/002	31. 12. 2004
RGBl. Nr. 57/1890	74.01.02	–	dRGBl. I S 1574/1938	37.02.11	–
RGBl. Nr. 126/1892	37.01.03	31. 12. 2004	dRGBl. I S 1612/1938	58.02.02/001	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 1/1895	41.01.01	31. 12. 2009	dRGBl. I S 1680/1938	82.01.02/004	–
RGBl. Nr. 110/1895	22.01.01	–	dRGBl. I S 1732/1938	58.02.02/002	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 111/1895	22.01.02	–	dRGBl. I S 1904/1938	37.02.06/001	–
RGBl. Nr. 112/1895	22.02.01	–	BGBl. II Nr. 1999/1938	21.01.04b	–
RGBl. Nr. 113/1895	22.02.02	–	dRGBl. I S 83/1939	58.02.03	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 79/1896	23.04.01	–	DRAnz. Nr. 97/1939	37.05.06	31. 12. 2004
RGBl. Nr. 140/1896	20.13.19	–	GBIÖ Nr. 492/1939	37.02.11a	–
RGBl. Nr. 217/1896	14.02.02	–	GBIÖ Nr. 543/1939	74.02.01	–

Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Systematische Gliederung: Indexzahl	Außerkräft-treten spätestens mit folgendem Datum	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Systematische Gliederung: Indexzahl	Außerkräft-treten spätestens mit folgendem Datum
RGBl. Nr. 77/1897	20.11.02	–	GBIÖ Nr. 718/1939	74.02.01/001	–
RGBl. Nr. 129/1897	14.02.02/002	–	DJ S 1361/1939	94.02.02/001	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 153/1897	23.04.01/001	31. 12. 2009	dRGBl. I S 1856/1939	58.03.01	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 170/1897	63.01.01/002	31. 12. 2004	DJ S 1902/1939	94.02.02/002	31. 12. 2009
dRGBl. S 219/1897	21.01.01	–	dRGBl. I S 1950/1939	58.02.02/004	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 249/1897	23.04.01/003	31. 12. 2009	GBIÖ Nr. 45/1940	74.02.01/002	–
GVBITirVbg. Nr. 9/1897	20.11.01	–	DRAnz. Nr. 96/1940	37.05.07	31. 12. 2004
RGBl. Nr. 96/1897	74.01.02/001	–	VABl. Niederdonau S 141/1940	58.02.07	31. 12. 2009
GVBITirVbg. Nr. 9/1898	20.11.01/001	–	DRAnz. Nr. 143/1940	58.02.02/006	31. 12. 2009
dRGBl. S 868/1898	94.02.02	31. 12. 2009	dRGBl. I S 202/1940	58.02.05	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 95/1899	60.02.01	31. 12. 2009	dRGBl. I S 438/1940	98.04.01	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 176/1899	37.01.03/001	31. 12. 2004	MBIW S 474/1940	58.02.06	31. 12. 2009
dRGBl. S 375/1899	37.02.02	–	dRGBl. I S 713/1940	20.07.03	–
RGBl. Nr. 44/1900	20.11.03	–	dRGBl. I S 1012/1940	98.04.01/001	31. 12. 2009
GVBITirVbg. Nr. 47/1900	20.04.10	–	dRGBl. I S 1391/1940	58.02.02/005	31. 12. 2009
GVBITirVbg. Nr. 15/1901	20.11.03/001	–	dRGBl. I S 1499/1940	94.02.07	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 148/1901	86.02.01	–	dRGBl. I S 1591/1940	94.02.08	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 10/1903	21.05.01a	–	dRGBl. I S 1609/1940	94.02.07/001	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 71/1903	21.05.06/002	–	DJ S 42/1941	94.02.08/001	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 59/1904	27.01.04/001	–	DJ S 63/1941	94.02.08/002	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 213/1905	37.02.03	–	dRGBl. I S 72/1941	80.05.01/003	31. 12. 2004
RGBl. Nr. 30/1906	86.01.02/002	31. 12. 2004	dRGBl. I S 283/1941	94.02.07/002	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 58/1906	21.03.01	–	dRGBl. I S 351/1941	94.02.05/001	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 176/1906	60.02.01a	31. 12. 2009	DJ S 428/1941	94.02.08/003	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 5/1907	82.04.01	–	dRGBl. I S 467/1941	58.02.08	31. 12. 2009

1811 der Beilagen

39

Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Systematische Gliederung: Indexzahl	Außerkräftreten spätestens mit folgendem Datum	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Systematische Gliederung: Indexzahl	Außerkräftreten spätestens mit folgendem Datum
RGBl. Nr. 59/1907	23.05.04a	–	DJ S 525/1941	94.02.07/003	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 168/1907	20.08.01/001	–	dRGBl. I S 551/1941	82.02.02	31. 12. 2004
RGBl. Nr. 201/1907	37.01.04	31. 12. 2004	dRGBl. I S 654/1941	20.02.02b	–
RGBl. Nr. 265/1907	20.08.01/002	–	DRAnz. Nr. 39/1942	58.02.02/007	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 177/1909	86.01.05	–	dRGBl. I S 273/1942	95.08.02	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 178/1909	86.01.05/001	–	dRGBl. I S 395/1942	20.12.08	–
RGBl. Nr. 179/1909	86.02.02	–	Mbl. I S 951/1942	82.02.04	31. 12. 2004
RGBl. Nr. 223/1909	86.01.02/003	31. 12. 2004	Zl. II b Nr. 4415/1942	67.01.01/003	–
RGBl. Nr. 38/1910	86.01.05/002	–	dRGBl. I S 80/1943	20.02.03	–
RGBl. Nr. 224/1910	20.08.01/003	–	dRGBl. I S 147/1943	94.02.05/002	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 225/1910	27.01.12/001	–	dRGBl. I S 241/1943	94.02.09	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 4/1911	23.04.01/005	31. 12. 2009	DJ S 249/1943	94.02.08/004	31. 12. 2009
RGBl. Nr. 75/1912	20.08.01/004	–	RVBl. Nr. 1/1944	68.02.01/001	–
RGBl. Nr. 86/1912	20.13.20	–	RVBl. Nr. 1/1944	68.02.01/002	–
RGBl. Nr. 114/1912	20.13.20/002	–	dRGBl. I S 5/1944	68.02.01	–
RGBl. Nr. 159/1912	74.01.02a	–	VABIWien Nr. 48/1944	58.03.02	31. 12. 2004
RGBl. Nr. 263/1914	82.07.02	–	StGBI. Nr. 47/1945	14.02.12	–
RGBl. Nr. 337/1914	23.01.01	–	StGBI. Nr. 48/1945	24.03.09	–
RGBl. Nr. 337/1914	23.02.01	–	StGBI. Nr. 94/1945	15.01.08	31. 12. 2004
RGBl. Nr. 337/1914	23.03.02	–	StGBI. Nr. 103/1945	27.01.07	–
RGBl. Nr. 39/1915	82.02.09/001	–	StGBI. Nr. 104/1945	27.02.03	–
RGBl. Nr. 372/1915	14.02.04	–	StGBI. Nr. 152/1945	82.02.06	–
dRGBl. S 40/1918	94.02.03	31. 12. 2009	StGBI. Nr. 153/1945	82.02.07	–
StGBI. Nr. 75/1918	41.01.02	31. 12. 2009	StGBI. Nr. 172/1945	14.01.01	–
StGBI. Nr. 90/1918	77.01.01	–	StGBI. Nr. 183/1945	14.01.01/001	–
RGBl. Nr. 105/1918	23.03.03	–	StGBI. Nr. 188/1945	27.04.05	–
dRGBl. S 165/1919	80.05.01	31. 12. 2004	StGBI. Nr. 197/1945	86.01.06	–
StGBI. Nr. 208/1919	27.01.12/002	–	StGBI. Nr. 231/1945	37.01.16	31. 12. 2004
RGBl. Nr. 224/1919	20.08.01/005	–	BGBI. Nr. 15/1946	41.08.02b	–
StGBI. Nr. 237/1919	10.16.02/001	–	BGBI. Nr. 271/1949	20.06.01	–

Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Systematische Gliederung: Indexzahl	Außerkräftreten spätestens mit folgendem Datum	Fundstelle der Erstfassung bzw. der zuletzt wiederverlautbarten Fassung	Systematische Gliederung: Indexzahl	Außerkräftreten spätestens mit folgendem Datum
StGBI. Nr. 241/1919	86.01.05a	–	BGBI. Nr. 173/1950	40.01.05	–
StGBI. Nr. 406/1919	60.02.02	31. 12. 2009	BGBI. Nr. 186/1950	82.02.09	–
StGBI. Nr. 598/1919	27.01.04a	–	BGBI. Nr. 1/1951	80.01.02	–
LGVBISbg. Nr. 28/1920	81.02.05	–	BGBI. Nr. 23/1951	22.04.29	–
StGBI. Nr. 88/1920	60.01.01	–	BGBI. Nr. 86/1951	20.12.11	–
StGBI. Nr. 127/1920	27.01.12/003	–	BGBI. Nr. 103/1951	80.06.03	–
BGBI. Nr. 49/1921	10.01.01/001	–	BGBI. Nr. 103/1951	80.06.04	–
BGBI. Nr. 252/1921	98.01.02	–	BGBI. Nr. 233/1951	10.11.03	–
BGBI. Nr. 292/1921	60.01.02	–	BGBI. Nr. 198/1952	32.06.03	–
BGBI. Nr. 638/1921	20.07.02	–	BGBI. Nr. 6/1953	23.05.06	–
BGBI. Nr. 441/1922	60.01.03	–	BGBI. Nr. 85/1953	10.07.01	–
LGBIVbg. Nr. 68/1923	81.02.06	–	BGBI. Nr. 98/1953	10.11.04	–
BGBI. Nr. 533/1923	77.01.02	–	BGBI. Nr. 71/1954	20.13.27	–
BGBI. Nr. 538/1923	60.01.04	–	BGBI. Nr. 215/1959	81.01.01	–
JABl. Nr. 1/1924	63.01.01/003	31. 12. 2004	BGBI. Nr. 259/1970	26.03.04	–
BGBI. Nr. 114/1924	20.08.01/006	–	BGBI. Nr. 260/1970	26.02.03	–
BGBI. Nr. 259/1924	80.01.01	–	BGBI. Nr. 631/1975	25.01.02	–
BGBI. Nr. 299/1924	77.01.02/001	–	BGBI. Nr. 330/1983	10.05.02	–
BGBI. Nr. 362/1924	21.05.06/004	–	BGBI. Nr. 448/1984	26.01.08	–
BGBI. Nr. 461/1924	37.01.05	31. 12. 2004	BGBI. Nr. 10/1985	10.07.03	–
BGBI. Nr. 68/1925	82.02.01	–	BGBI. Nr. 155/1985	74.03.08	–
BGBI. Nr. 187/1925	98.01.02/001	–	BGBI. Nr. 201/1985	18.01.04	–
BGBI. Nr. 191/1925	20.08.01/007	–	BGBI. Nr. 50/1991	40.01.07	–
BGBI. Nr. 277/1925	40.02.01a	–	BGBI. Nr. 51/1991	40.01.08	–
BGBI. Nr. 381/1925	82.03.01	31. 12. 2004	BGBI. Nr. 52/1991	40.01.09	–
BGBI. Nr. 62/1926	58.02.01	–	BGBI. Nr. 53/1991	40.01.10	–
BGBI. Nr. 71/1926	82.03.01a	–			

Vorblatt

Problem:

Die Unübersichtlichkeit der österreichischen Rechtsordnung wird seit geraumer Zeit immer wieder als Mangel gerügt. Das Koalitionsübereinkommen der Regierungsparteien vom 11. März 1996 enthält den Arbeitsauftrag, eine "Überprüfung aller Rechtsvorschriften auf deren Wirksamkeit, Bedarf, Anwenderfreundlichkeit und Überschaubarkeit" zum Zweck der "Sicherung und Verbesserung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Österreich" vorzunehmen.

Lösung:

Aufhebung aller von 1946 kundgemachten einfachen Gesetze und Verordnungen des Bundes, mit einer Liste von Ausnahmen.

Alternativen:

Keine.

Auswirkungen auf die Beschäftigung und den Wirtschaftsstandort Österreich:

Das Gesetzesvorhaben trägt zur Entlastung aller Rechtsanwender und Rechtsunterworfenen bei, bedeutet also eine Erleichterung für Unternehmen, Konsumenten, sonstige Betroffene und die öffentliche Verwaltung und Gerichtsbarkeit und hilft dadurch, die Situation Österreichs als Wirtschaftsstandort zu verbessern.

Finanzielle Auswirkungen:

Es ist nicht mit zusätzlichen Kosten für den Bund oder andere Gebietskörperschaften zu rechnen.

EU-Konformität:

Ist gegeben.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Keine.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Die Regierungsparteien haben in ihrem Koalitionsübereinkommen vom 11. März 1996 ausdrücklich die Rechtsbereinigung und Rechtsvereinfachung als Ziel festgeschrieben (vgl. S 40). Näherhin lautet der Arbeitsauftrag, daß eine "Überprüfung aller Rechtsvorschriften auf deren Wirksamkeit, Bedarf, Anwenderfreundlichkeit und Überschaubarkeit" zum Zweck der "Sicherung und Verbesserung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Österreich" vorzunehmen sei.

Damit soll der in der Öffentlichkeit immer wieder erhobenen Forderung nach einem besseren Zugang zur österreichischen Rechtsordnung Rechnung getragen werden. Rechtsbereinigung ist – ebenso wie etwa die anzustrebende Neuordnung des Publikationswesens – ein wesentlicher Faktor hierfür.

Was das Bundesverfassungsrecht betrifft, so ist dies Gegenstand eines eigenständigen Bereinigungsprojekts, dessen Weiterführung vom Abschluß der Bundesstaatsreform abhängt. Eine Sichtung der von Österreich abgeschlossenen Staatsverträge soll ebenfalls einem eigenen Bereinigungsprojekt vorbehalten bleiben, da die Möglichkeit ihrer Bereinigung ganz anderen Voraussetzungen unterliegt als die Bereinigung von Normen rein innerstaatlicher Herkunft.

Für die Normen auf einfachgesetzlicher Stufe und Verordnungsstufe hat das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst ein Konzept zur Rechtsbereinigung mit folgenden **Zielen** ausgearbeitet:

- Ausscheidung der nicht mehr relevanten Normen aus dem Rechtsbestand (formale Bereinigung);
- Verbesserung der Übersichtlichkeit der Rechtsordnung durch Zusammenfassung inhaltlich zusammengehöriger Normen in (möglichst) eine Rechtsvorschrift (strukturelle Bereinigung);
- Herstellung bereinigter Textfassungen (inhaltliche Bereinigung).

Dieses Konzept wurde mit Beschluß des Ministerratsvortrags vom 4. Juli 1996 (GZ 690 022/8-V/3/96) angenommen.

Die **Durchführung** dieses Konzeptes sollte – unter Mithilfe des Bundeskanzleramtes – von den einzelnen Bundesministerien vorgenommen werden, was aus folgenden Gründen notwendig schien: Zum einen verbietet die andauernde Ressourcenknappheit in der öffentlichen Verwaltung den Aufbau eines zusätzlichen Apparates für Zwecke der Durchführung der Rechtsbereinigung. Zum anderen findet sich nur in den zuständigen Fachabteilungen der Bundesministerien jenes Fachwissen, welches, gepaart mit der genauen Kenntnis der realen Notwendigkeiten und der politischen Möglichkeiten, Voraussetzung für eine zielführende Rechtsbereinigung ist.

Ausgehend von der Einsicht, daß die für eine Rechtsbereinigung notwendige spezielle Expertenkapazität nicht beliebig vermehrbar ist, wurde das Rechtsbereinigungsprojekt in der ersten Phase auf die **vor 1946 erlassenen Normen in Gesetzes- oder Verordnungsrang** beschränkt. Es handelt sich hierbei um etwa 500 Stammnormen (– "eine Stammnorm" ist die Urfassung einer Rechtsvorschrift samt allen zugehörigen Novellen); davon stehen etwa 350 im Gesetzesrang und 150 im Verordnungsrang. Gemessen am Gesamtbestand des österreichischen Bundesrechts, das derzeit etwas mehr als 4 500 Stammnormen umfaßt, umfaßt das vorliegende Rechtsbereinigungsprojekt etwa 20% der im Gesetzesrang stehenden Normen (unter Außerachtlassung der Staatsverträge). Die einzelnen Bundesministerien sollten dadurch selbstverständlich nicht gehindert werden, in einzelnen besonders wichtigen Rechtsmaterien die Rechtsbereinigung bis in die Gegenwart voranzutreiben (so arbeitet etwa eine eigene Rechtsbereinigungskommission, eingerichtet durch die Verordnung BGBl. Nr. 205/1994, an der Rechtsbereinigung des Sozialversicherungsrechts). Flächendeckend sollte jedoch der Normenbestand zunächst **bis 1946** bereinigt werden.

Gemäß dem vom Ministerrat festgelegten Projektumfang wurden in der Folge vom Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst Listen mit allen vor 1946 erlassenen und noch geltenden Bundesrechtsnormen erstellt. Hierbei wurde auch auf bereits Ende der sechziger Jahre geleistete Vorarbeit zurückgegriffen, und zwar auf die in den Entwürfen zu den beiden Rechtsbereinigungsvorbereitungsgesetzen (701 und 1378 B1gNR 11. GP) enthaltenen Listen. Weiters wurde insbesondere die systematische Gliederung der österreichischen Rechtsordnung, wie sie in dem vom Bundeskanzleramt herausgegebenen "INDEX des geltenden Bundesrechtes" eingeführt wurde, übernommen – ohne die Möglichkeit des Rückgriffs auf diese systematische Gliederung des Rechtsstoffes wäre das vorliegende Projekt voraussichtlich nicht in absehbarer Zeit durchzuführen gewesen.

Diese Listen der geltenden Rechtsvorschriften wurden entsprechend der Zuständigkeitsverteilung des Bundesministeriengesetzes nach Ressorts geordnet und gemeinsam mit dem jeweils zuständigen Bundesministerium auf Bereinigungsmöglichkeiten hin überprüft, wobei durch die Verteilung der Arbeit

auf die verschiedene Organisationseinheiten (Abteilungen) innerhalb der Ministerien die zusätzliche Arbeitsbelastungen in vertretbaren Grenzen gehalten wurde.

Das Ergebnis dieser Arbeit ist der Anhang zum vorliegenden Gesetzentwurf, in welchem alle jene vor 1946 kundgemachten Normen aufgelistet werden, die weitergelten sollen.

Im Anhang ist die Möglichkeit einer zeitlichen Begrenzung der Weitergeltung vorgesehen. Dies hat unterschiedliche Gründe: Zunächst wird davon in jenen Fällen Gebrauch gemacht, in welchen abzusehen ist, daß ein bestimmter Norminhalt in absehbarer Zukunft nicht mehr gebraucht wird. In den meisten Fällen ist der Grund der Befristung jedoch ein anderer: Es soll durch die Befristung der Weitergeltung augenfällig dokumentiert werden, daß im Zeitraum bis zum Außerkrafttreten eine Neufassung dieser Vorschriften geplant ist, zB in Form der Einordnung in die zugehörige Schwerpunktregelung oder durch Neukodifizierung oder durch Wiederverlautbarung usw.

Alle im Anhang nicht aufscheinenden Normen sind – soweit sie Gegenstand des vorliegenden Rechtsbereinigungsprojekts waren – mit Inkrafttreten des Rechtsbereinigungsgesetzes aufgehoben. Es wird somit Rechtssicherheit erzeugt und eine Diskussion über die Geltung oder Nichtgeltung alter Vorschriften für die Zukunft überflüssig gemacht.

Freilich ist auch mit der allfälligen Inkraftsetzung des vorliegenden Gesetzentwurfes das Thema Rechtsbereinigung nicht abgeschlossen – die Durchforstung der Rechtsordnung für die Zeit nach 1946 sollte so bald als möglich in Angriff genommen werden. Aber auch bei den im vorliegenden Projekt untersuchten Normen müssen noch ergänzende rechtsbereinigende Schritte gesetzt werden. Zum einen sind entsprechende Ersatzregelungen für die zeitlich beschränkt in Geltung belassenen Normen zu schaffen (soweit der Regelungsinhalt an sich auch weiterhin gebraucht wird). Zum andern konnte die in einigen Bereichen der unbeschränkt weitergeltenden Vorschriften notwendige Bereinigungsarbeit nicht hic et nunc im Rahmen des Rechtsbereinigungsgesetzes geleistet werden, weil es sich um gesellschafts- oder wirtschaftspolitisch besonders sensible Materien handelt (zB Ehegesetz, Außerstreitgesetz, Genossenschaftsrecht usw.). Das Begutachtungsverfahren hat ergeben, daß eine zeitliche Begrenzung der in diesen Bereichen geltenden Regelungen – in der Absicht der zwischenzeitigen Neuregelung – nicht als zweckmäßig empfunden wird, da der für einen gesellschaftlichen Konsens notwendige Zeithorizont für derartige Neuregelungen nicht abgeschätzt werden kann; es könnte sich die Gefahr eines Regelungsvakuums ergeben, was in diesen wichtigen Bereichen nicht in Kauf genommen werden darf. Es wurde auch dargetan, daß die rechtspolitische Diskussion über diese Materien nicht unter dem Druck des Umstandes geführt werden sollte, daß die Aufhebung der geltenden Vorschriften ohnedies vom Gesetzgeber bereits beschlossen sei.

Diesem Wunsch mehrerer begutachtender Stellen entsprechend enthält der Anhang daher bei einigen zweifellos bereinigungsbedürftigen Rechtsbereichen wegen ihrer rechtspolitischen Sensibilität keine zeitliche Begrenzung der Weitergeltung, ungeachtet des Umstandes, daß etwa an Neuregelungen bereits gearbeitet wird. Die Neugestaltung dieser Rechtsvorschriften kann nicht primär unter dem Gesichtspunkt der Rechtsbereinigung behandelt werden, sie wird sich vielmehr als ein – gewiss positiver – Nebeneffekt eines entsprechenden Reformvorhabens ergeben.

Dieser Argumentation war auch das formale Ziel der Beseitigung der aus fremden Rechtsordnungen übernommenen und noch geltenden Vorschriften unterzuordnen: Das aus nationalsozialistischer Zeit stammende Ehegesetz wurde daher nunmehr mit zeitlich unbegrenzter Geltung in den Anhang aufgenommen.

Im übrigen konnten – bzw. werden nach Ablauf der Geltungsbegrenzung und der bereits in Ausarbeitung befindlichen Reformprojekte – die beiden formalen Ziele dieses Abschnitts der Rechtsbereinigung weitgehend erreicht werden, d.s. die Ausscheidung vorkonstitutionellen, also vor 1867 erlassenen Rechts sowie die Beseitigung von Rechtsvorschriften, die zwischen 1938 und 1945 für Österreich in Kraft gesetzt wurden:

Aus vorkonstitutioneller Zeit werden – abgesehen von dem selbstverständlich aufrechtzuerhaltenden ABGB – weitergelten

- einige Einzelvorschriften mit sehr beschränktem Regelungsgegenstand, deren Eingliederung in die zugehörige Schwerpunktregelung in absehbarer Zeit möglich sein sollte (es handelt sich um weniger als zehn Normen),
- Normen über die Gerichtsorganisation,
- das Außerstreitgesetz und zugehörige Einzelvorschriften, sowie
- mehrere Normen über die Folgen des Leistungsverzugs (Zinsenregelungen).

Hinsichtlich der drei letztgenannten Normenbereiche sind Neuregelungen in Planung.

Hinsichtlich der deutschen Vorschriften aus der Zeit vor 1938 werden nur mehr sehr wenige Normen aufrechterhalten. Bereinigungsbedarf bestünde wohl in Form einer Wiederverlautbarung des Handelsgesetzbuches (etwa 50 Novellen!) und der zugehörigen Vorschriften.

Aus der Zeit zwischen 1938 und 1945 stehen Normen vor allem noch in folgenden Bereichen in Geltung:

- Eherecht
- Kirchenbeitragsrecht
- öffentliches Gesundheitswesen
- Binnenschiffahrtsrecht
- Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht
- Energiewirtschaftsrecht.

Das Energiewirtschaftsrecht wird in absehbarer Zukunft im Rahmen der Umsetzung von EG-Richtlinien zu erneuern sein. Die Aufhebung bzw. Ersetzung der reichsdeutschen Vorschriften über Wohnungsgemeinnützigkeit ist bis längstens 31. Dezember 2009 vorgesehen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß von den im vorliegenden Rechtsbereinigungsprojekt zu berücksichtigenden etwa 500 Stammnormen (eine Stammnorm ist die Erstfassung einer Vorschrift samt allen Novellen) sofort mit Inkrafttreten des Rechtsbereinigungsgesetzes etwa 200 Stammnormen aufgehoben werden und angesichts der zeitlich begrenzten Weitergeltung in Zukunft noch etwa 50 Stammnormen außer Kraft treten werden. Es wurde somit eine Bereinigungsrate von 50% erreicht, was die Sinnhaftigkeit des Unterfangens wohl zu bestätigen geeignet ist.

Besonderer Teil

Zu § 1 und § 2 des Entwurfes:

1. Durch diese Bestimmung wird – in Form einer Generalklausel – das vor 1946 auf unterverfassungsrechtlicher Stufe erlassene österreichische Recht generell außer Kraft gesetzt, soweit nicht in der Folge die Weitergeltung einer Norm ausdrücklich angeordnet wird.

Durch diese Vorgangsweise wird eines der Hauptprobleme früherer Versuche einer Rechtsbereinigung umgangen, nämlich die oft sehr schwierige und zeitraubende Beantwortung der Frage, ob bestimmte Normen noch in Geltung stehen: Diese Frage muß dann beantwortet werden, wenn ein System der Rechtsbereinigung gewählt wird, bei dem die aufgehobenen Bestimmungen einzeln aufgelistet werden mit der Folge, daß nur die nicht-aufgelisteten Normen weitergelten. Bei dem nunmehr vorgeschlagenen System der Rechtsbereinigung, bei dem nur weitergilt, was in den Anlagen des Gesetzes ausdrücklich aufgelistet ist, wurden alle Normen, die nicht mehr gebraucht werden, weil sie keinen sinnvollen sachlichen Anwendungsbereich mehr haben, durch bloße Nichterwähnung in den Anlagen ausgeschieden und zwar gleichgültig, ob sie noch gelten oder nicht.

Im Begutachtungsverfahren wurden gelegentlich Bedenken geäußert, daß etwa eine noch gebrauchte Norm "übersehen" werden könnte. Dies kann nun freilich nicht ausgeschlossen werden. Doch haben schon die Äußerungen im Begutachtungsverfahren gezeigt, daß diese Gefahr nicht allzu groß ist. Jene Fälle, in welchen das Fehlen "wichtiger gesetzlicher Bestimmungen" in den Anlagen gerügt wurde, haben sich nahezu ausschließlich als Rezeption "alter" (das heißt an sich aufgehobener) Vorschriften in weitergeltenden Gesetzen erwiesen; für diese Fälle stellt § 5 Abs. 2 des Gesetzentwurfs nunmehr ausdrücklich klar, daß diese verwiesenen Normen im Umfang ihrer Rezeption weitergelten, wobei sie aber nicht "autonom" weitergelten, sondern nur mittelbar, das heißt im Umweg über die verweisende Norm. Sie scheinen daher im Anhang **nicht** auf (vgl. hiezu im übrigen die Ausführungen zu § 5 Abs. 2).

Überdies wurden die Listen der beiden Rechtsbereinigungsvorbereitungsgesetz-Entwürfe zugrundegelegt, die seinerzeit in jahrelanger Arbeit entstanden waren; weiters wurde der INDEX (Systematisches Verzeichnis des geltenden Bundesrechts) herangezogen, um das mit vernünftigen Mitteln erreichbare Maß an Sicherheit über den Kreis der miteinzubeziehenden Normen zu erreichen.

Das verbleibende Restrisiko muß getragen werden, wenn eine ernstzunehmende Rechtsbereinigung überhaupt angestrebt wird: Wenn nicht klargestellt wird durch Anordnung des Gesetzgebers, daß der Katalog der weitergeltenden Normen taxative, also ausschließende Wirkung hat, gibt es keine Rechtssicherheit. Diese aber sollte doch das wesentlichste Ziel der Rechtsbereinigung sein.

2. Zur Beschränkung des vorliegenden Rechtsbereinigungsvorhabens auf einfache Gesetze und Verordnungen mit Ausnahme von Staatsverträgen wurde schon im allgemeinen Teil der Erläuterungen Stellung genommen; desgleichen zur Begrenzung des Vorhabens auf Normen aus der Zeit vor 1946.

Klargestellt wurde nunmehr, daß das Kundmachungsdatum für die zeitliche Begrenzung dieses Rechtsbereinigungsvorhabens (gegenüber einem nächsten, das möglichst bald in Angriff genommen werden sollte) maßgebend ist.

Ausdrücklich wurde nunmehr auch darauf hingewiesen, daß der Rechtsbereinigung nur solche Normen unterzogen werden, die tatsächlich noch Bundesrecht sind und nicht etwa zwischenzeitig zu Landesrecht wurden (wie dies zB durch Art. XI der B-VG-Novelle 1974 in einem Teilbereich bewirkt wurde).

3. Im Gegensatz zum Begutachtungsentwurf enthält der Entwurf des 1. BRBG nunmehr nur **einen** Anhang, der allerdings alle wesentlichen Informationselemente der Anhänge des Begutachtungsentwurfs wiedergibt.

Grund für diese – bloße formale – Umgestaltung ist die leichtere Feststellbarkeit, ob die Weitergeltung einer Norm angeordnet ist oder nicht.

Die Gliederung der Darstellung der weitgeltenden Normen im Anhang soll der durch den INDEX eingeführten systematischen Dezimalklassifikation folgen. Dies deshalb, weil nur so dargestellt werden kann, welche Rechtsnormen in einem Rechtsgebiet weitgelten und daher bei der Behandlung einer bestimmten Rechtsfrage zu berücksichtigen sind. Ein Überblick über diese systematische Gliederung ist als Suchhilfe im Anhang enthalten; er wird ergänzt durch ein Register, in dem die Fundstelle im Publikationsorgan als Suchkriterium dient.

Zu § 3 des Entwurfs:

Zu Abs. 1:

In Abs. 1 wird klargestellt, was unter "einer Rechtsvorschrift" im Hinblick auf die Novellenproblematik zu verstehen ist. Selbstverständlich muß eine Rechtsbereinigung durch Aufhebung von Normen auch alle Novellen dieser Normen miterfassen.

Ein gewisses Problem stellen in diesem Zusammenhang Gesetze dar, die sich formal nicht als Novellen zu einem (oder mehreren) Gesetzen deklarieren. Solche Vorschriften (wie etwa die 4. Einführungsverordnung zum HGB oder das Gesetz über die Wiederherstellung der bürgerlichen Rechtsordnung in Österreich), die zahlreiche Rechtsvorschriften abändern, ohne als Novelle bezeichnet zu sein, werden im Anhang eigens ausgewiesen. Ihre bereinigende Außerkraftsetzung bedürfte zuerst einer inhaltlichen Konsolidierung der Texte, die allerdings möglichst bald vorgenommen werden sollte.

Zu Abs. 2:

Der Terminus "Rechtsvorschriften des Bundes" war genauer zu definieren, und zwar im Hinblick auf die Abgrenzung zu den Rechtsvorschriften der Länder. Das gewählte Publikationsorgan kann hier als Abgrenzungskriterium nicht herangezogen werden, da unbestrittenermaßen etwa in mittelbarer Bundesverwaltung erlassene Durchführungsverordnungen des Landeshauptmannes im Landesgesetzblatt kundzumachen sind. Dennoch handelt es sich auch bei allen in mittelbarer Bundesverwaltung ergangenen Durchführungsverordnungen zu Bundesgesetzen um Bundesrecht; diese Durchführungsverordnungen waren daher in die vorliegende Rechtsbereinigung miteinzubeziehen. Um auch hier einen wesentlichen Fortschritt in Richtung zu mehr Rechtssicherheit zu erzielen, werden diese Verordnungen von § 1 erfaßt und daher aufgehoben, wenn sie im Anhang nicht genannt sind, selbst wenn sie Durchführungsverordnungen zu weitgeltenden Gesetzen darstellen. Dies scheint keine gegenüber dem bereinigenden Effekt ins Gewicht fallenden Nachteile zu bewirken; mehrere Länder (zB Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg) haben diesen Rechtsbereinigungsschritt für die Zeit vor 1946 bereits von sich aus gesetzt, sodaß sie von § 3 Abs. 2 tatsächlich nicht betroffen sind; andere Vollziehungorgane werden zu prüfen haben, ob sich unter den nunmehr aufgehobenen Durchführungsverordnungen so wichtige Regelungsinhalte befinden, daß tatsächlich neue Verordnungen erlassen werden müssen. Diese Prüfung wird sicherlich auch einen Beitrag zur Deregulierung und moderneren Rechtsgestaltung leisten können. Im übrigen ist in einigen wichtigen Vollziehungsbereichen (zB im Gewerberecht) die Weitergeltung aller Durchführungsverordnungen durch ausdrückliche Anordnung in der GewO 1994 gesichert.

Zu § 4 des Entwurfs:

Für den Inhalt weitgeltender Normen wird ihre Fassung vom 31. Dezember 1999 maßgeblich sein. Damit ist sichergestellt, daß die aktuelle Gestalt einer Norm übernommen wird. So gelten zB die Verordnungen RGBI. Nr. 10/1853 und RGBI. Nr. 250/1853, betreffend die politische und gerichtliche Organisation Österreichs als bundesgesetzliche Vorschriften nur mehr, soweit sie die Gerichtsorganisation betreffen; hinsichtlich des Verwaltungsentlastungsgesetzes, BGBl. Nr. 277/1925, ist zB davon auszugehen, daß nur mehr die Art. 2, 4, 7 bis 11, 13, 28, 42 und 69 gelten.

Freilich wird dadurch das Problem einer inhaltlichen Rechtsbereinigung offengelassen, da der tatsächliche Normtext nicht bereinigt dargestellt wird. Die Herstellung bereinigter Texte für weitergeltende Normen wird daher noch eine wesentliche Aufgabe sein, die für die wichtigsten weitergeltenden Rechtsvorschriften so bald als möglich in Angriff genommen werden sollte.

Die Beschränkung der Weitergeltungsdauer für einige Normen im Anhang ist so zu verstehen, daß bei diesen Normen Bereinigungsbedarf außer Zweifel gestellt ist; die Umsetzung muß während der Frist vorgenommen werden. Wenn diese Vorgangsweise gelegentlich gerügt wurde, ist dem entgegenzuhalten, daß die bisherige Erfahrung gezeigt hat, daß Rechtsbereinigungsmaßnahmen sehr oft eines gewissen zeitlichen Drucks bedürfen, um tatsächlich gesetzt zu werden. Nur dort, wo der Erfolg rechtssetzender Maßnahmen durch die damit verbundene gesellschaftspolitische Diskussion nicht vorhersehbar ist, sollte von Fristsetzungen Abstand genommen werden (vgl. hiezu auch die Ausführungen im Allgemeinen Teil der Erläuterungen, S 40 ff). In allen anderen Fällen scheint dies jedoch eine durchaus zweckmäßige Vorgangsweise.

Bei wiederverlautbarten Normen müßte angesichts des formalen Charakters der Wiederverlautbarung als Verordnung die Urfassung in ihrer Geltung aufrechterhalten werden, obwohl gerade diese infolge der Wiederverlautbarung nicht relevant ist. Zur Vereinfachung und klareren Gestaltung der Rechtsordnung sollen daher wiederverlautbarte Gesetze nur mehr in der Gestalt ihrer (letzten) Wiederverlautbarung weitergelten, wozu eine ausdrückliche Entscheidung des Gesetzgebers notwendig ist.

Zu § 5 des Entwurfs:

Zu Abs. 1:

Im Begutachtungsverfahren hat sich gezeigt, daß große Unsicherheit hinsichtlich der konkreten Effekte des § 1 besteht; es scheint daher notwendig, diese Frage ausdrücklich zu behandeln:

Die Rechtsbereinigung soll keine rückwirkende Beseitigung von Normen bewirken; dies würde das komplizierte Gebäude wohlervorbener Rechte zum Einsturz bringen. Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes soll vielmehr kein anderer Effekt erzielt werden, als bei der sonstigen Aufhebung von Rechtsvorschriften im Zuge von Neuregelungen: Ab Inkrafttreten der Neuregelung gilt nur mehr die Neuregelung, wenn sie nicht selbst anderes vorsieht; für die Zeit vor dem Inkrafttreten gelten die "alten" Bestimmungen. Die Aufhebung einer Rechtsvorschrift durch § 1 des 1. BRBG bewirkt somit nicht ihr Verschwinden aus der österreichischen Rechtsordnung, sondern nur die Nicht-Anwendbarkeit auf Fälle, die gemäß der **nach** dem 31. Dezember 1999 geltenden Rechtsordnung zu beurteilen sind. Dies trifft, wenn die neue Norm nicht rückwirkend in Kraft gesetzt wird, nur für Sachverhalte zu, die sich erst **nach** dem 31. Dezember 1999 ereignen. (Als Ausnahmefall wäre zB die Anwendung des Günstigkeitsprinzips in strafrechtlichen Zusammenhängen zu erwähnen, wonach auf einen Sachverhalt anstelle der zeitgleich geltenden Regelung auch eine später geltende Regelung zur Anwendung kommen kann, wenn diese für den Betroffenen günstiger ist.)

Ein besonderes Problem stellen in diesem Zusammenhang Normen dar, die nach ihrem Inhalt einen einzigen Fall betreffen, der sich in der Vergangenheit bereits verwirklicht hat, sodaß ihr sachlicher Anwendungsbereich schon wegen der Einzigartigkeit des Regelungsfalles erschöpft ist. Die Aufrechterhaltung solcher Normen im Anhang hat angesichts der genau umrissenen Folgen einer Aufhebung nach § 1 keinen Sinn, da sich dieser einmalige Fall, der Regelungsgegenstand ist, nach dem 31. Dezember 1999 nicht nochmals ereignen kann.

Dies hindert freilich nicht, daß Rechtsfolgen des in der Vergangenheit verwirklichten (Einzel)Falles in die Gegenwart und Zukunft weiterwirken.

Es war daher zB nicht notwendig, die bestehenden Verordnungen über die Systemisierung (Errichtung) von Notarstellen in den Katalog der weitergeltenden Vorschriften aufzunehmen: Die Frage, ob eine Notariatsstelle ordnungsgemäß errichtet wurde, ist heute und auch in Zukunft nach der zum (behaupteten) Zeitpunkt der Errichtung geltenden Rechtslage zu beurteilen und nicht nach einer ab dem 1. Jänner 2000 geltenden Rechtslage. Dasselbe gilt etwa für Übergangsregelungen wie zB die sogenannten "Burgenland-Verordnungen", BGBl. Nr. 475/1921 und BGBl. Nr. 405/1922, oder das Gesetz über die Wiederherstellung des österreichischen Strafrechts, StGBI. Nr. 25/1945. Dies gilt freilich nicht, wenn als "Übergangs-" oder "Überleitungs"-Recht bezeichnete Vorschriften neben echten Übergangsregelungen auch Vorschriften enthalten, die generell-abstrakte Regelungen beinhalten, also Regelungen für eine unbestimmte Anzahl künftiger Fälle. (Dies gilt zB für das Gesetz über die Wiederherstellung der bürgerlichen Rechtspflege, StGBI. Nr. 188/1945.)

In diesem Zusammenhang sind auch die sogenannten "Einführungsgesetze" zu erwähnen.

Zu Abs. 2:

Diese Bestimmung enthält eine ausdrückliche Regelung des Problems der Verweisungen auf Normen, die durch § 1 BRBG aufgehoben werden.

Vom Standpunkt der Rechtsbereinigung wäre die optimale, weil radikalste Lösung auch die Beseitigung aller Verweise auf aufgehobene Vorschriften in weitgeltenden Vorschriften. Da eine solche Lösung jedoch beträchtliche Regelungslücken zur Folge hätte, die zum Teil infolge ihrer rechtspolitischen Brisanz nicht umgehend geschlossen werden können, folgt das BRBG dem Beispiel mehrerer Rechtsbereinigungsgesetze der Länder und hält die weitere Anwendbarkeit des aufgehobenen Rechts für den Fall der ausdrücklichen Rezeption in einer weitgeltenden Norm aufrecht. Als ausdrückliche Rezeption im Sinne des § 5 Abs. 2 gilt allerdings nur eine solche Vorschrift, die festlegt, daß der Inhalt der bezogenen Vorschrift auf bestimmte Fälle weiter anzuwenden ist.

Wichtige Beispiele, die auch im Begutachtungsverfahren mehrfach zur Sprache gebracht wurden, wären etwa

- die Aufrechterhaltung alter gewerberechtlicher Vorschriften durch die §§ 375 und 376 der GewO 1994 oder
- die Aufrechterhaltung von Teilen des Mietengesetzes 1929 durch § 58 des Mietrechtsgesetzes, BGBl. Nr. 520/1981, oder
- die Aufrechterhaltung einzelner Bestimmungen aus vier “Verordnungen” (übergeleitet als Bundesgesetze) aus dem Jahre 1923 durch § 111 ASchG oder
- die Aufrechterhaltung einer Bestimmung der deutschen Abgabenordnung in § 321 Abs. 2 BAO usw.

Alle diese rezipierten Vorschriften sind im Anhang nicht enthalten, da sie selbständig – auch bereits derzeit – nicht mehr gelten, sondern nur im Umweg über die Rezeptionsanordnung in den weitgeltenden Rechtsvorschriften.